

Analysen

Forschungsberichte
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verena Waldhausen / Dirk Werner

Innovative Ansätze in der Berufsausbildung

Höhere Durchlässigkeit und Flexibilität durch
Zusatzqualifikationen und duale Studiengänge

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-602-14688-X

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2005 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon (02 21) 49 81-4 52
Telefax (02 21) 49 81-4 45
Internet: www.divkoeln.de
E-Mail: div@iwkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Herausforderungen der Berufsausbildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts	4
2	Der Markt der Zusatzqualifikationen	8
2.1	Definition von Zusatzqualifikationen	8
2.2	Die Anbieter von Zusatzqualifikationen	10
2.3	Das Angebot: Umfang, Inhalte und zeitliche Entwicklung	12
2.4	Struktur- und Organisationsmerkmale	19
2.5	Fazit: Flexiblere und attraktivere Ausbildung durch Zusatzqualifikationen	24
3	Duale Studiengänge: Lehre plus Studium	26
3.1	Definition ausbildungsintegrierter dualer Studiengänge	26
3.2	Die Anbieter dualer Studiengänge	27
3.3	Das Angebot: Umfang, Inhalte und zeitliche Entwicklung	29
3.4	Struktur- und Organisationsmerkmale	34
3.5	Fazit: Praxisnahe Ausbildung auf akademischem Niveau	38
4	Aktuelle Qualifikationstrends in der höherwertigen Berufsausbildung	38
4.1	Doppelqualifikation Berufsausbildung und Hochschulzugang	39
4.2	Verzahnung von Aus- und Weiterbildung	45
4.3	Verknüpfung von Berufs- und Hochschulbildung	49
4.4	Internationalisierung der Berufsausbildung	52
5	Schlussfolgerungen und Ausblick	58
5.1	Innovationen in der Berufsausbildung	58
5.2	Handlungsfelder für die Bildungspolitik	60
5.3	Ein Leistungspunktesystem für die Bildung	64
	Literatur	68
	Kurzdarstellung / Abstract	71
	Die Autoren	72

1

Herausforderungen der Berufsausbildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die fortschreitende Globalisierung und die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft in Verbindung mit der technologischen Entwicklung sowie einer immer stärker ausgeprägten Kunden- und Dienstleistungsorientierung erhöhen den Bedarf der Unternehmen an theoretisch qualifizierten und zugleich praxiserfahrenen Nachwuchskräften. Dies stellt auch die Berufsausbildung vor neue Herausforderungen. Sie muss intensiver als früher eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit der Auszubildenden sichern, die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen fördern und – angesichts des sich beschleunigenden demographisch bedingten Rückgangs der Bevölkerung – einen entscheidenden Beitrag zur Höherqualifizierung der nachwachsenden Generationen leisten. Hiermit sind vor allem qualitativ-inhaltliche und organisatorische Aspekte angesprochen.

Das duale Ausbildungssystem hat weiterhin wichtige Funktionen für Wirtschaft und Gesellschaft zu erfüllen. Nicht nur die ausbildenden Betriebe und die Jugendlichen selbst profitieren von der Qualifizierung der künftigen Fachkräfte, sondern auch die Volkswirtschaft als Ganzes. Nach wie vor gelingt in Deutschland die Integration junger Menschen in Ausbildung und Beschäftigung trotz aller Probleme beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben im internationalen Vergleich relativ gut. Damit verbunden sind eine Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und eine Förderung des Wachstums durch die dual organisierte Qualifizierung der nachwachsenden Generation (Plünnecke/Werner, 2004, 16 ff.).

Aufgrund dieser guten Integrationsleistung für junge Menschen in Ausbildung und Beschäftigung sowie der unterschiedlichen schulischen Eingangsqualifikationen kann die duale Ausbildung dabei – im Gegensatz zu Aussagen in der neuesten Bildungsstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, 2004, 152) – nicht im Vergleich zur akademischen Ausbildung gewertet werden. Dies gilt in Deutschland höchstens für den oberen Qualifikationsrand der Berufsbildung bis hin zur Aufstiegsfortbildung und zu dualen Studiengängen, die in Zukunft stärker mit den neu eingeführten Bachelor-Abschlüssen konkurrieren dürften. In ihrer gesamten Breite ist die duale Ausbildung dagegen zunächst im Vergleich zur nächstniedrigeren Bildungsstufe zu betrachten. Diesbezüglich weisen Berufsausbildungsabsolventen gegenüber An- und Ungelernten am Arbeitsmarkt nach wie vor unbestreitbare Vorteile auf. So haben sie etwa ein deutlich niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko und ein höheres Durchschnittseinkommen.

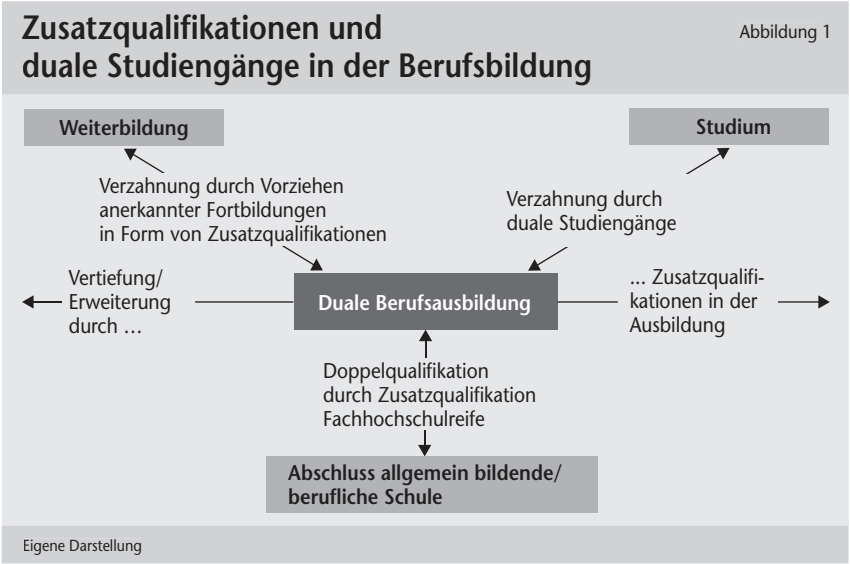
Betrachtet man die duale Ausbildung in Relation zu Bildungsalternativen auf derselben formalen Bildungsstufe, so konstatiert die OECD Nachteile durch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko älterer Fachkräfte mit dualer Ausbildung gegenüber Absolventen einer vollzeitschulischen Berufsausbildung (OECD, 2004, 153). Dieses Ergebnis ist jedoch vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Branchenmix und der unterschiedlichen schulischen Vorbildung der Teilnehmer sehr vorsichtig zu interpretieren. Vollzeitschulische Bildungsgänge sind häufiger in wachsenden Dienstleistungsbranchen wie dem Gesundheitswesen angesiedelt, während die duale Berufsausbildung ihren Schwerpunkt nach wie vor in Industrie und Handwerk hat, wo in den vergangenen Jahren per Saldo Arbeitsplätze verloren gingen und häufig körperlich anstrengendere Tätigkeiten ausgeführt werden. Da in Deutschland rund jeder dritte Arbeitslose gesundheitlich beeinträchtigt ist (Hollederer, 2003, 1), dürfte auch dies bei den unterschiedlichen Arbeitslosenquoten eine Rolle spielen.

Über die Integration in Ausbildung und Beschäftigung hinaus muss die Berufsausbildung aufgrund der veränderten und in weiten Bereichen gestiegenen Qualifikationsanforderungen aber auch die Höherqualifizierung stärker fördern. Seit einigen Jahren liegt der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion zu Veränderungen im dualen System der Berufsausbildung allerdings eher auf quantitativen Aspekten der Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsstellen. Zu Recht steht die Versorgung von Schulabgängern und anderen Bewerbern mit einer angemessenen Qualifizierungsperspektive auch aufgrund der derzeit noch steigenden Schulabgängerzahlen gegenwärtig im Vordergrund. Daher wurde die Berufsausbildung in den vergangenen Jahren intensiv durch Modernisierung und Schaffung neuer Berufe sowie Flexibilisierung und verbesserte Rahmenbedingungen an aktuelle Erfordernisse angepasst, ohne allerdings alle Potenziale für eine höhere Attraktivität der Ausbildung bislang ausgeschöpft zu haben. Dennoch hat sich das Berufsbildungssystem als reformfreudiger und beweglicher erwiesen als die meisten anderen Bildungsbereiche und weist auch im internationalen Vergleich einen hohen Modernisierungsfaktor auf (Werner et al., 2003, 358).

Dem wachsenden Bedarf an Höherqualifizierten wird durch das vermehrte Angebot von anspruchsvollen praxisorientierten Bildungsgängen zunehmend Rechnung getragen. Zum einen stoßen die neuen gestuften Bachelor- und Master-Studiengänge allmählich in diese Lücke vor. Zum anderen ist seit einigen Jahren im Bereich der Berufsausbildung eine dynamische Entwicklung zu beobachten, die den gestiegenen Anforderungen der Arbeitswelt durch zahlreiche innovative Qualifizierungsmodelle begegnet, welche eine eingehende Betrachtung wert sind.

Die vorliegende Studie dokumentiert und analysiert erstmalig solche aktuellen Entwicklungen in der Berufsausbildung in einer Gesamtschau. Dabei wird der Schwerpunkt auf den oberen Qualifikationsrand, insbesondere die Qualifizierung für anspruchsvolle Fach- und Führungstätigkeiten, sowie die Verzahnung mit der Weiterbildung und dem Hochschulsektor gelegt. Es wird ein umfassender Überblick über vorhandene innovative Qualifizierungsansätze und hochwertige Ausbildungsmodelle innerhalb der dualen Berufsausbildung geliefert. Die vorliegenden Analysen identifizieren innovative inhaltliche, methodische, organisatorische und strukturelle Ansätze der Berufsausbildung, mit denen diese auf die Erfordernisse der Arbeitswelt reagiert und eine zukunftsgerechte Qualifizierung der Nachwuchskräfte ermöglicht. Zahlreiche Innovationen, mit denen die Berufsausbildung versucht, den qualitativen Herausforderungen der Zukunft angemessen zu begegnen und diese möglichst frühzeitig zu antizipieren, wurden ohne großes Aufsehen realisiert.

Zu diesen Innovationen zählen zum einen Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung, mit denen Ausbildungsinhalte vertieft oder erweitert, aber auch Brücken zu Schulabschlüssen und zur Weiterbildung geschlagen werden. Diese werden in Kapitel 2 dargestellt. Zum anderen findet über duale Studiengänge eine Verknüpfung von Berufsausbildung und Studium statt, die in Kapitel 3 beschrieben wird. Die Position und Funktionen beider Ausbildungsformen im Bildungssystem werden in Abbildung 1 veranschaulicht.



Seit dem Jahr 2001 informiert das Informationssystem AusbildungPlus über von Betrieben und anderen Bildungsanbietern angebotene Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung sowie duale Studiengänge. Mit diesen innovativen Ausbildungsangeboten wird in Unternehmen und Berufsschulen zunehmend auf die veränderten Anforderungen in der Arbeits- und Berufswelt reagiert. Zugleich wird die Berufsausbildung dadurch flexibler, attraktiver und anspruchsvoller gestaltet.

Das Datenbank- und Informationssystem „AusbildungPlus – Höherqualifizierung und Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung durch Zusatzqualifikationen und duale Studiengänge“ liefert eine umfassende Orientierung zu solchen Bildungsangeboten. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Ziele und Funktionen von AusbildungPlus

Hauptzielgruppen von AusbildungPlus sind leistungsbereite Jugendliche aller Schulformen sowie Ausbildungsbetriebe. Sie erhalten unter der Internetadresse www.ausbildung-plus.de Informationen über attraktive Ausbildungsangebote sowie hochwertige und praxisnahe Alternativen zum herkömmlichen Studium. AusbildungPlus schließt damit eine Informationslücke im Bereich der qualitativ höherwertigen dualen Berufsausbildung, über die sonst keine vollständigen Informationen vorhanden sind. AusbildungPlus verfolgt drei Kernziele:

- **Dienstleistungsfunktion:** Zum Ersten soll die Transparenz über angebotene Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung und duale Studiengänge erhöht werden, um so den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt im Bereich der hochwertigen Qualifizierungsangebote zu fördern und die Sicherung des künftigen Fachkräftenachwuchses zu unterstützen. Dabei wird auch die Abstimmung zwischen Bildungsanbietern und Betrieben – hier vornehmlich kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) – gefördert, indem Kontakte und Kooperationen angeregt werden.
- **Schnittstellenfunktion:** Zum Zweiten soll das Vorhaben eine Schnittstellenfunktion erfüllen, indem über das Thema umfassend informiert wird sowie spezifische Anfragen von Nutzern und der wissenschaftlichen Community beantwortet werden. Durch die Bereitstellung von Daten soll auch eine Lücke in der amtlichen Statistik verringert werden.
- **Forschungsfunktion:** Zum Dritten soll durch wissenschaftliche Analysen der Datenbankanhalte ein Erkenntnisgewinn zu vorhandenen Qualifizierungsansätzen und Fördermöglichkeiten zur Höherqualifizierung und zur Steigerung von Durchlässigkeit und Verzahnung zwischen Berufsausbildung, Weiterbildung und Hochschulbildung erzielt werden. Hierzu leistet die vorliegende Studie einen Beitrag.

Die Datenbank AusbildungPlus

Kernstück von AusbildungPlus ist eine Datenbank, in der bundesweit Zusatzqualifikationen für Auszubildende und duale Studiengänge dokumentiert werden. Sie liefert einen umfassenden Überblick über hochwertige Qualifizierungsangebote in der Berufsausbildung. Die Beschreibungen enthalten detaillierte Informationen zu den Ausbildungsangeboten, zu den anbietenden Betrieben und weiteren Bildungsanbietern sowie zur Bewerbung für Jugendliche. Inzwischen enthält die Datenbank über 29.000 Ausbildungsangebote. Davon entfallen rund 10.500 auf Zusatzqualifikationen (Kapitel 2) und 18.500 auf duale Studiengänge (Kapitel 3). Bei AusbildungPlus handelt es sich mittlerweile um die bundesweit zweitgrößte Datenbank zur Berufsausbildung nach ASIS, dem Informationssystem der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Von diesen häufig regional oder sektoral isoliert entwickelten Qualifizierungsansätzen lassen sich aktuelle Qualifikationstrends in der höherwertigen Berufsausbildung ablesen, die in Kapitel 4 zusammengefasst werden.

Kapitel 5 leitet Rückschlüsse auf bildungspolitische Erfordernisse und Handlungsoptionen ab, die Ausgangspunkt für weitere Reformen im Bereich der Berufsbildung und insbesondere für eine durchgängige engere Verzahnung mit der Weiterbildung und der Hochschulausbildung sein können. Denn im Zuge der demographischen und technologischen Entwicklung wird die akademische Aus- und Weiterbildung auch für Absolventen einer Berufsausbildung künftig wichtiger, um den wachsenden Bedarf an Höherqualifizierten zu decken. Dabei gewinnt die europäische und internationale Perspektive zunehmend an Bedeutung, wenn es darum geht, die Mobilität und die Wettbewerbsfähigkeit durch eine stärkere Internationalisierung in der Berufsausbildung zu steigern. Ein Leistungspunktesystem bietet daher sowohl für die nationale Weiterentwicklung der beruflichen Bildung als auch für die internationale Vergleichbarkeit und Anrechenbarkeit zahlreiche Potenziale, die im Ausblick dargestellt werden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie wurden überwiegend auf der Grundlage der Datenbank AusbildungPlus gewonnen (Übersicht Seite 7). Diese ist Bestandteil des Informationssystems AusbildungPlus, das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) betrieben und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. Das Internetangebot steht allen interessierten Nutzern unter der Adresse www.ausbildung-plus.de kostenlos zur Verfügung. Die Anbieter von Zusatzqualifikationen und dualen Studiengängen können ihre diesbezüglichen Angebote dort einstellen und so zur weiteren Verbreitung attraktiver Ausbildungsangebote für leistungsbereite Jugendliche und zur Anbahnung von Kooperationen beitragen.

2

Der Markt der Zusatzqualifikationen

2.1 Definition von Zusatzqualifikationen

Der Begriff der Zusatzqualifikation wird sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch im alltäglichen Sprachgebrauch auf sehr unterschiedliche Weise in allen Bereichen des Bildungssystems angewendet. Häufig werden damit auch Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung umschrieben. In dieser Studie soll er

jedoch nur für den Bereich der Berufsausbildung verwendet werden und sich auf Qualifizierungsmaßnahmen oberhalb der Mindestanforderungen von Ausbildungsordnungen beziehen.

Allerdings besteht auch für den Bereich der Ausbildung keine Einigkeit darüber, welche Maßnahmen als Zusatzqualifikationen bezeichnet werden sollen. So berücksichtigt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in seiner Definition nur solche Modelle, deren Vermittlung einen zeitlichen Umfang von 100 Stunden nicht wesentlich unterschreitet und die durch ein Zertifikat eines Betriebs, eines Bildungsträgers oder einer Kammer abgeschlossen werden (BIBB, 2000, 15). Im Unterschied dazu wird in der vorliegenden Veröffentlichung eine breitere begriffliche Abgrenzung verwendet, die sich vor allem an den konkreten Qualifikationsanforderungen in den Betrieben und an den Qualifizierungsbedürfnissen der Jugendlichen orientiert. Demnach werden Zusatzqualifikationen hier wie folgt definiert:

- Sie ergänzen beziehungsweise erweitern die duale Berufsausbildung durch zusätzliche Inhalte, die nicht in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Ausbildungsberufes vorgeschrieben sind;
- sie finden während der Berufsausbildung statt oder beginnen unmittelbar nach Abschluss der Ausbildung, also maximal ein halbes Jahr später;
- sie können zertifiziert werden;
- sie weisen einen zeitlichen Mindestumfang auf (keine Tagesseminare).

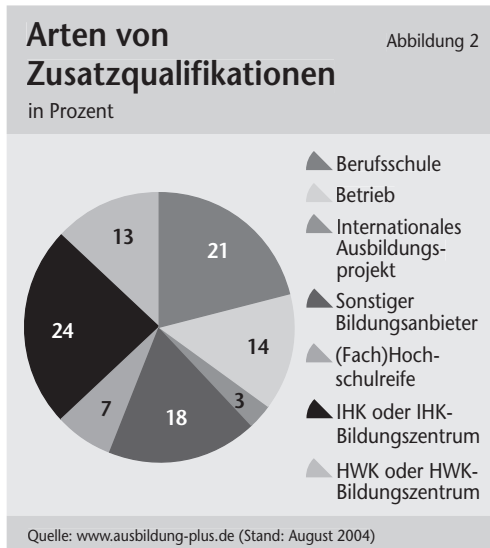
Zusatzqualifikationen müssen nicht zwangsläufig auf die Dauer der Ausbildung begrenzt sein, sondern können auch über die Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf hinausreichen. Dies ist besonders bei umfangreichen Qualifizierungsmodellen der Fall. Auch Maßnahmen, die erst nach Abschluss der Ausbildung starten, werden vereinzelt als Zusatzqualifikationen betrachtet. Voraussetzung dafür ist, dass zwischen der Ausbildung und der Qualifizierungsmaßnahme ein direkter inhaltlicher und organisatorischer Zusammenhang besteht.¹

Zwar sind in der Datenbank AusbildungPlus auch Zusatzqualifikationen aufgenommen, die nur einen Umfang von wenigen Stunden aufweisen, doch handelt es sich hierbei meist um Prüfungsleistungen etwa von Kammern, die eine umfangreichere Vorbereitung und längere Lernphasen voraussetzen. Grundsätzlich werden Maßnahmen, deren Vermittlung weniger als 40 Stunden umfasst, eingehend auf ihre inhaltliche und konzeptionelle Relevanz geprüft und nur in begründeten Fällen aufgenommen.

¹ Beispiele für solche Zusatzqualifikationen sind Ausbildungsgänge, die zum Handelsassistenten oder zum staatlich geprüften Betriebswirt führen.

2.2 Die Anbieter von Zusatzqualifikationen

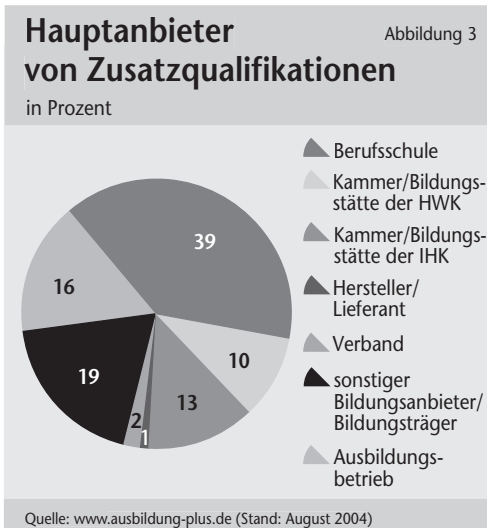
Da Zusatzqualifikationen häufig in Kooperationsmodellen angeboten werden und damit gleichzeitig mehreren Anbietern zugerechnet werden könnten, wurde für die Einteilung ein Klassifizierungsschema für Zusatzqualifikationen entwickelt (Abbildung 2). Kriterien für die Zuordnung sind dort der wichtigste Akteur oder die zentrale Instanz, wobei für die Fachhochschulreife eine gesonderte Kategorie gebildet wurde.



Es zeigt sich, dass Industrie- und Handelskammern (IHK) oder deren Bildungszentren an fast einem Viertel der Zusatzqualifikationen beteiligt sind. Sie übernehmen häufig die Prüfungsleistung und vergeben anerkannte Zertifikate nach § 53 Berufsbildungsgesetz (BBiG). Jede achte Zusatzqualifikation mit IHK-Beteiligung ist eine anerkannte Fortbildung oder wird als Teil einer solchen auf eine spätere Fortbildungsprüfung angerechnet (vgl. Kapitel 4.2). Bei knapp der Hälfte dieser Angebote findet die eigentliche Qualifizierung in einem IHK-Bildungszentrum statt.

Dieses hohe Engagement der Kammern rührt auch daher, dass ihnen kooperative Modelle in der Datenbank AusbildungPlus als zentraler Instanz zugeordnet werden. Bei solchen Kooperationen erteilen beispielsweise die Berufsschulen zusätzlichen Unterricht, die Betriebe vermitteln spezielle Praxisinhalte und die Kammer organisiert die Prüfung der erworbenen Qualifikationen. Ein Vergleich mit der Verteilung der Angebote nach der Art des Anbieters zeigt, dass lediglich 13 Prozent der Zusatzqualifikationen von Industrie- und Handelskammern oder deren Bildungsstätten als Hauptanbieter durchgeführt werden (Abbildung 3). Dies hängt damit zusammen, dass letztlich die meisten Zusatzqualifikationen von Ausbildungsbetrieben angeboten werden, die ihre Auszubildenden entsenden und beispielsweise an Bildungszentren der Kammern qualifizieren lassen. Eine Ausnahme stellen Zusatzqualifikationen in Berufsschulen dar, die teilweise ohne Beteiligung der Betriebe durchgeführt werden.

Neben IHKs bieten auch die Handwerkskammern (HWK) und ihre Bildungsstätten solche Kooperationsmodelle an. Der Anteil liegt im HWK-Bereich aber deutlich niedriger. In knapp 80 Prozent der Fälle werden die Auszubildenden in den Bildungsstätten der Kammern qualifiziert. Insbesondere in kleineren Handwerksbetrieben fehlen häufig die Ressourcen, um die Auszubildenden selbst zusätzlich zu befähigen, so dass auf externe Bildungseinrichtungen zurückgegriffen wird.



Über die Hälfte der Zusatzqualifikationen wird an den traditionellen Lernorten Betrieb und Berufsschule durchgeführt (Abbildung 3). Hierunter finden sich auch viele Angebote, die in Zusammenarbeit mit Kammern qualifiziert oder geprüft werden und diesen deshalb bei der Klassifizierung nach der Art der Zusatzqualifikation zugeordnet werden. Die Berufsschulen übernehmen jedoch die eigentliche Qualifizierung in zahlreichen dieser Kooperationsmodelle, worunter gut 61 Prozent ihrer Angebote fallen. Häufig ist die Zusatzqualifikation in den regulären Unterricht in Fachklassen integriert oder wird im Rahmen eines Differenzierungsunterrichts angeboten.

Zu den Zusatzqualifikationen an einer Berufsschule zählen auch die Qualifizierungsmaßnahmen zur (Fach-)Hochschulreife, die aus inhaltlichen Gründen gesondert ausgewiesen werden, ebenso wie die internationalen Austauschprogramme. Neben Berufsschulen zählen vor allem Ausbildungsbetriebe und auch Kammern zu den Anbietern internationaler Ausbildungsprojekte. Häufig werden die Auslandsaufenthalte der Auszubildenden finanziell gefördert, zum Beispiel vom europäischen Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci.

Knapp jedes fünfte Angebot kommt inzwischen von sonstigen Bildungsanbietern, bei denen es sich meist um private Bildungsträger handelt. Sie sind in fast allen inhaltlichen Bereichen tätig und haben Auszubildende in Unternehmen als lohnende Zielgruppe ausgemacht. Von den kostenpflichtigen Zusatzqualifikationen entfallen dementsprechend 44 Prozent der Teilnahmegebühren auf Angebote dieser Bildungsanbieter.² Auch Kammern erheben in der Regel für ihr Angebot

² Nicht alle Bildungsanbieter haben Angaben zu den Gebühren gemacht.

Prüfungsgebühren. In den allermeisten Fällen werden die Kosten für die Zusatzqualifizierung aber von Ausbildungsbetrieben übernommen. Zwischen 50 und 10.000 Euro betragen die Gebühren der privaten Anbieter. Über die Hälfte der kostenpflichtigen Kurse sind teurer als 400 Euro.

2.3 Das Angebot: Umfang, Inhalte und zeitliche Entwicklung

Insgesamt sind in der Datenbank AusbildungPlus derzeit rund 10.500 Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation erfasst (Stand: August 2004). Diese verteilen sich auf gut 7.200 verschiedene Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen, Kammern und sonstige Bildungsanbieter, da häufig mehrere Zusatzqualifikationen parallel angeboten werden. In diesen Zusatzqualifikationen werden inzwischen mehr als 70.000 Auszubildende qualifiziert, wobei im Jahr 2003 rund 32.000 Ausbildungsplätze, bei denen Zusatzqualifikationen vermittelt werden, neu besetzt wurden.³ Diese Zahl verdeutlicht, dass sich Zusatzqualifikationen inzwischen zu einem wichtigen Qualifizierungsfeld in der Berufsausbildung entwickelt haben. Gemessen an der Zahl aller Auszubildenden sind das Ende 2003 immerhin 4,4 Prozent. Bezogen auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt der Anteil bereits bei 5,6 Prozent.

Die inhaltlichen Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen liegen im Bereich der internationalen Qualifikationen (Tabelle 1).⁴ Knapp 39 Prozent der Teilnehmer erlernen Fremdsprachen oder absolvieren im Rahmen ihrer Ausbildung Auslandsaufenthalte. Die Mehrzahl dieser Angebote beinhaltet innerbetrieblichen Fremdsprachenunterricht und Fremdsprachenzertifikate von Kammern, Berufsschulen oder privaten Bildungsanbietern. Angesichts der Internationalisierung der Märkte sind Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen für Fachkräfte zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor am Arbeitsmarkt geworden. Jugendliche werden deshalb schon in der Ausbildung vermehrt auf grenzüberschreitende Kontakte am Arbeitsplatz vorbereitet.

Die inhaltlichen Schwerpunkte verschieben sich leicht, je nachdem, ob die Anzahl der Grundmodelle, der Ausbildungsangebote oder der teilnehmenden Auszubildenden betrachtet wird. Denn Grundmodelle werden von unterschiedlich vielen Ausbildungsbetrieben genutzt und angeboten (vgl. Kapitel 2.2), die wiederum unterschiedlich viele Auszubildende entsenden.

³ Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass nicht für alle Zusatzqualifikationen Informationen über die Teilnehmer und die Zahl der angebotenen Plätze vorliegen. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch höher sein, da zu rund einem Drittel der Qualifizierungsmodelle keine Teilnehmerzahlen vorliegen. Dies sind allerdings vor allem solche Modelle, die erst dann wieder neu starten, wenn eine erforderliche Mindestteilnehmerzahl zustande kommt.

⁴ Teilweise liegen keine näheren Informationen über die anbietenden Betriebe vor, da etwa im Rahmen der europäischen Austauschprogramme keine Angaben zu den Lehrbetrieben der teilnehmenden Auszubildenden gemacht werden können.

In allen drei Kategorien dominieren demnach die internationalen Zusatzqualifikationen. Hierbei umfassen 26 Prozent aller Grundmodelle 42 Prozent sämtlicher Angebote und 39 Prozent der Auszubildenden. Auch bei den kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Inhalten sowie den Schlüsselqualifikationen werden relativ wenige Grundmodelle von vielen Auszubildenden genutzt. Dies liegt daran, dass diese Qualifikationen für zahlreiche Ausbildungsberufe relevant und nicht nur für Büroberufe konzipiert sind, sondern häufig auch

Handwerkslehrlingen oder gewerblich-technischen Auszubildenden vermittelt werden. Technische oder technologische Inhalte hingegen sind eher speziell auf einzelne Berufe hin ausgerichtet. Die eher übergreifenden EDV- und IT-Modelle werden allerdings nicht so stark von Betrieben und Auszubildenden nachgefragt, obwohl dort neben stark spezialisierten Angeboten auch zahlreiche Zusatzqualifikationen angeboten werden, die für viele Berufe relevant sind.

Hinsichtlich des Stellenwerts der verschiedenen Inhalte der angebotenen Zusatzqualifikationen ist letztlich jedoch die Teilnehmerzahl als wichtigste Größe herauszuheben, da die Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften im Vordergrund steht. Demnach folgen bei den Themen auf internationale und kaufmännische Qualifikationen die Schlüsselqualifikationen, an denen jeder zehnte Auszubildende, der zusätzlich qualifiziert wird, teilnimmt: Mit jeweils knapp einem Drittel bilden dort die Bereiche Kundenorientierung/Verkaufstraining sowie Qualitätsmanagement die Schwerpunkte. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft erfordert von den zukünftigen Fachkräften die Fähigkeit, auf die individuellen Bedürfnisse der Kunden einzugehen. Kundenzufriedenheit und Kundenbindung sind daher entscheidend für die Wettbewerbsposition eines

Zusatzqualifikationen nach inhaltlichen Schwerpunkten

Tabelle 1

Inhalte der Zusatzqualifikation	Modelle	Angebote	Auszubildende
Internationale Qualifikationen	561	4.361	27.315
BWL/kaufmännische Inhalte	271	2.143	13.305
Schlüsselqualifikationen	138	619	7.110
EDV/IT	302	389	5.403
(Fach-)Hochschulreife	135	639	4.578
Technik/Technologie	340	819	3.320
Bau- und Ausbauwesen	136	654	2.386
Körperpflege/Gesundheit	103	201	2.140
Medien/Telekommunikation	31	216	906
Tourismus/Gastronomie	43	218	833
Sonstige	80	215	2.892
Insgesamt	2.140	10.474	70.188

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Unternehmens. Dazu trägt auch das Qualitätsmanagement maßgeblich bei, das gleichzeitig die Möglichkeit bietet, Produktionskapazitäten effizienter zu nutzen. Auch soziale Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit und Rhetorik werden häufig geschult. Über diese speziellen Modelle zu fachübergreifenden Kompetenzen hinaus werden solche Schlüsselqualifikationen aber auch in zahlreichen anderen Zusatzqualifikationen vermittelt, nur dass sie dort ergänzend zum Fachwissen erlernt werden.

Die geringe Spannbreite zwischen Angeboten und Grundmodellen im EDV- und IT-Bereich kommt durch eine Vielzahl an einzelbetrieblichen Qualifizierungsmodellen zustande. Außerdem bieten Berufsschulen und private Bildungsanbieter viele EDV-Schulungen an, an denen die Jugendlichen häufig in ihrer Freizeit teilnehmen – unabhängig vom Einverständnis oder der Unterstützung ihres Ausbildungsbetriebs –, zum Beispiel den Europäischen Computer Führerschein (ECDL) oder das Zertifikat zum Microsoft Office User Specialist.

Ein besonderer Inhaltsbereich ist der Erwerb der (Fach-)Hochschulreife während der Berufsausbildung. Diese auch „doppelt qualifizierende Bildungsgänge“ genannten Zusatzqualifikationen ermöglichen Auszubildenden das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses und bei Erfolg ein anschließendes Studium (vgl. Kapitel 4.1). Der Erwerb wird durch eine besondere Ausgestaltung des Berufsschulunterrichts ermöglicht.

Der Schwerpunkt technischer und technologischer Zusatzqualifikationen liegt in produktionsorientierten Gewerbe- und Handwerksbetrieben. Die Auszubildenden werden insbesondere in den Bereichen Elektro- und Kfz-Technik zusätzlich geschult. Trotz der modernisierten Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker sehen die Betriebe großen Bedarf, die Fachkenntnisse der Lehrlinge in speziellen Bereichen zu vertiefen sowie die Kunden- und Serviceorientierung der Ausbildung durch Zusatzqualifikationen weiter zu erhöhen.

Weitere wichtige Qualifikationsfelder sind das Bau- und Ausbaugewerbe mit Angeboten zu Maltechniken, Sanierung/Restauration, Möbelbau und Design/Gestaltung sowie das Feld Körperpflege und Gesundheit, in dem vielfältige Schulungen insbesondere für Friseurlehrlinge angeboten werden. Die Auszubildenden erhalten Produktschulungen und erlernen spezifische Friseurtechniken, außerdem erfolgt eine Erweiterung der Ausbildungsinhalte um kosmetische Aspekte.

Hinzu kommen noch Zusatzqualifikationen im Bereich Medien/Telekommunikation sowie im Tourismus und der Gastronomie, die überwiegend eine Vertiefung spezieller Fachkenntnisse für Auszubildende aus der Branche vorsehen. Inhalte sind beispielsweise Medienwirtschaft, Grafikprogramme, Telekommunikationstechnik oder Hotelmanagement, Veranstaltungsplanung und Weinkunde.

Unter den sonstigen Zusatzqualifikationen finden sich vielfältige Angebote, die betriebsspezifische Kenntnisse vermitteln oder allgemein bildende, künstlerische oder naturwissenschaftliche Qualifikationen beinhalten, wie beispielsweise die Einführung in die Kunstgeschichte für Silberschmiedlehrlinge oder die Qualifizierung zur nebenberuflichen Werksfeuerwehr für kaufmännische und gewerblich-technische Auszubildende eines großen Chemieunternehmens.

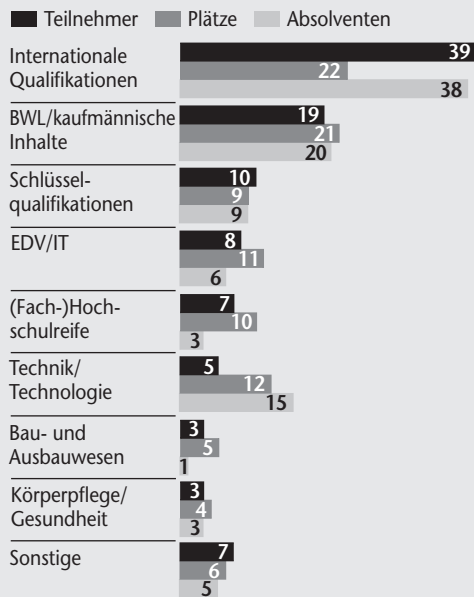
Der Vergleich der aktuellen Teilnehmerzahlen mit den Absolventen von Zusatzqualifikationen zeigt, dass sich die inhaltlichen Schwerpunkte in den letzten Jahren nicht gravierend verschoben haben (Abbildung 4).⁵ Eine Ausnahme bilden technische/technologische Zusatzqualifikationen, wo der Teilnehmeranteil deutlich unter demjenigen der Absolventen liegt. Allerdings fehlen hier und im Bauwesen überdurchschnittlich häufig die Angaben über die aktuelle Teilnehmerzahl. Darüber hinaus sind die Angaben der internationalen Austauschprogramme hinsichtlich der Zahl der Plätze ebenso lückenhaft. Dort sind die Ausbildungsbetriebe und damit auch deren Angebot für das kommende Ausbildungsjahr in den meisten Fällen unbekannt.

Gegenüber früheren Jahren hat insbesondere die Bedeutung von internationalen Qualifikationen, Sozialkompetenzen und Computerkenntnissen zugenommen. Grund ist deren weite Verbreitung über alle Bereiche der Arbeitswelt und der Branchen hinweg.

Teilnehmer an Zusatzqualifikationen nach inhaltlichen Schwerpunkten

Abbildung 4

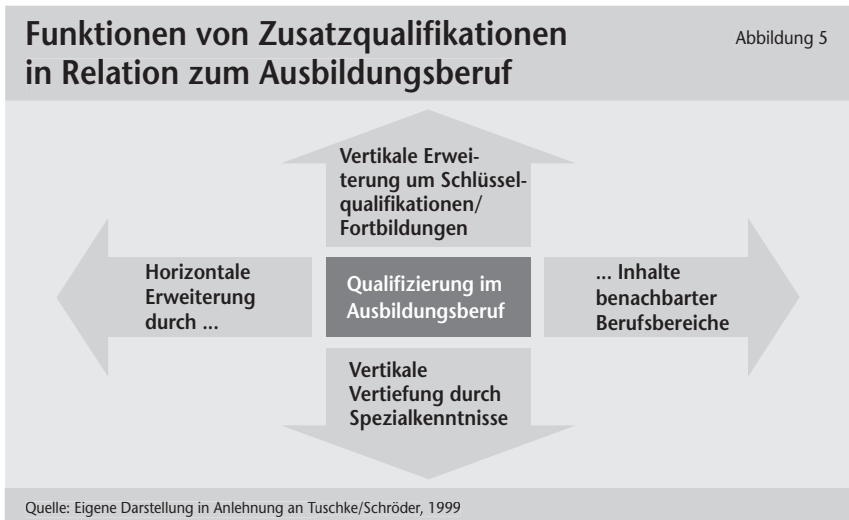
in Prozent



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

⁵ Die Angaben sind nicht vollständig. Nicht alle Anbieter können oder wollen Angaben zu den aktuellen Teilnehmerzahlen, der Anzahl der neu angebotenen Plätze und den Absolventen machen. Angebote der privaten Bildungsanbieter richten sich teilweise nicht ausschließlich an Auszubildende, sondern stehen auch anderen Teilnehmern offen, was eine Erhebung der Auszubildenden erschwert.

Zusatzqualifikationen stellen zum einen eine Vertiefung der Inhalte des zu erlernenden Ausbildungsberufs etwa in Form einer Spezialisierung dar. Zum anderen dienen sie der Erweiterung der Kenntnisse und Fertigkeiten über die traditionellen Grenzen des Berufsbildes durch zusätzliche Fach-, Methoden- oder Sozialkompetenzen hinaus, die teilweise auch aus anderen Berufsbildern entlehnt werden (Tuschke/Schröder, 1999, 21). So stellt der Bezug zu den Inhalten der jeweiligen Ausbildungsordnung ein wichtiges Kriterium zur Bewertung der Funktion der einzelnen Zusatzqualifikation dar (Abbildung 5). Ein Beispiel für die Vertiefung spezieller Fachkompetenzen ist etwa der Erwerb berufsorientierter Sprachkenntnisse. Eine Erweiterung durch Fachinhalte aus benachbarten Berufen hingegen lässt sich am Beispiel der Qualifizierung zur Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten in der Ausbildung zum Industriemechaniker beschreiben.



Dass der Großteil der Zusatzqualifikationen einer solchen gezielten Vertiefung oder Erweiterung der Kompetenzen der Auszubildenden dient, zeigt sich daran, dass die meisten eigens für Auszubildende eines bestimmten Berufs oder einer ausgewählten Berufsgruppe entwickelt wurden. So stehen rund 70 Prozent aller Modelle Auszubildenden aus maximal zehn verschiedenen Berufen offen. Mehr als ein Drittel der Zusatzqualifikationen wurde gar speziell für Auszubildende eines bestimmten Ausbildungsberufs geschaffen. Über 20.000 Auszubildende – und somit knapp 29 Prozent aller zusätzlich Qualifizierten – nehmen an solchen berufsspezifischen Zusatzqualifikationen teil, die gezielt für einen speziellen Ausbildungsberuf entwickelt wurden.

Neben betriebswirtschaftlichen und technischen Angeboten werden vor allem Zusatzqualifikationen aus den Bereichen Körperpflege und Gesundheit sowie Tourismus und Gastronomie gezielt für Auszubildende aus einem oder wenigen Berufen entwickelt. Jede zehnte Zusatzqualifikation, die sich an Auszubildende eines bestimmten Berufs richtet, wird für angehende Friseure angeboten. Fast ebenso viele Angebote gibt es für Auszubildende zum Bankkaufmann. Hierbei handelt es sich vor allem um die Erweiterung der Bankausbildung um Inhalte aus dem Versicherungswesen und der Allfinanz sowie um berufsorientierte Fremdsprachenangebote. Insgesamt wurden für 85 kaufmännische, gewerblich-technische und handwerkliche Berufe berufsspezifische Angebote zur Vertiefung oder Erweiterung der Ausbildungsinhalte entwickelt.

Nur 6 Prozent der Angebote richten sich übergreifend an Auszubildende (fast) aller Ausbildungsberufe. Hierzu zählen vor allem EDV-Kurse, die Kenntnisse gängiger Software-Anwendungen vermitteln und insbesondere den Umgang mit dem Internet trainieren, die Vermittlung von fachübergreifenden Qualifikationen, internationale Austauschprogramme und Fremdsprachenunterricht sowie der Erwerb der Fachhochschulreife während der Ausbildung. Gemeinsam ist diesen Angeboten, dass sie Inhalte vermitteln, die in fast allen beruflichen Tätigkeiten zumindest eine gewisse Relevanz aufweisen.

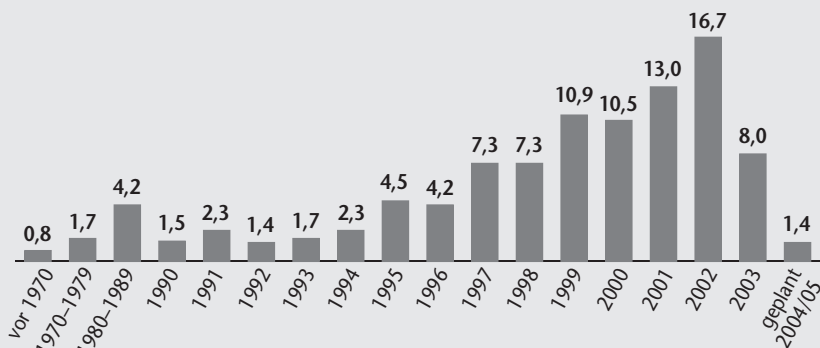
Einen Sonderfall stellt der Erwerb der Fachhochschulreife dar. Zwar wird diese Zusatzqualifikation vielfach gemeinsam für Auszubildende in verschiedenen Berufen angeboten, die Gründe hierfür sind aber eher organisatorischer Art. Um ein flächendeckendes Angebot zu ermöglichen und genug Interessenten zu finden, werden Auszubildende verschiedener Berufe oder gar verschiedener Schulen gemeinsam unterrichtet. Beim Erwerb der Fachhochschulreife sowie bei einigen weiteren Angeboten sind allerdings zweijährige Ausbildungsberufe ausgenommen, da die Ausbildungszeit zur Vermittlung der zusätzlichen Inhalte nicht ausreicht und häufig die erforderliche schulische Vorbildung nicht vorliegt. Da diese Ausbildungsgänge sich an Jugendliche mit eher praktischen Begabungen richten, sind zeitlich umfangreiche und theoretisch anspruchsvolle Zusatzqualifikationen während der Ausbildungszeit nur selten möglich.

Nur knapp 3 Prozent der Zusatzqualifikationen wurde erstmals vor 1980 angeboten (Abbildung 6). Vorreiter waren Schweißerkurse für Auszubildende in Metallberufen, die zusätzlich anerkannte Prüfungen in verschiedenen Schweißverfahren ablegen konnten, sowie das Angebot an Jugendliche, parallel zur Ausbildung die Fachhochschulreife in Abendkursen zu erwerben. Bereits Ende der siebziger Jahre haben die Handwerkskammern Koblenz und Hamburg Auszubildenden Austauschprogramme mit Großbritannien angeboten.

Erstmaliges Angebot von Zusatzqualifikationen

Abbildung 6

in Prozent



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Auch vereinzelte innerbetriebliche Zusatzangebote zählen zu den ersten Zusatzqualifikationen. Betriebe haben seit jeher über die Ausbildungsinhalte hinausgehende Qualifikationen vermittelt und zählen daher zu den Vorreitern von Zusatzqualifikationen. Hier findet sich auch die größte Grauzone von Angeboten, die bislang nicht für eine Publikation in der Datenbank AusbildungPlus gewonnen werden konnten.

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich das Angebot an Zusatzqualifikationen verbreitert, um den veränderten Anforderungen in der Arbeitswelt und damit auch neuen Qualifizierungserfordernissen Rechnung zu tragen. Während der Schwerpunkt der vor 1995 entwickelten Zusatzqualifikationen in kaufmännischen und technischen Bereichen und denen der Medien/Telekommunikation und Körperpflege lag, wurde die Angebotspalette seitdem in allen Bereichen stark erweitert, besonders intensiv jedoch in den fachübergreifenden Qualifikationen. Seit dem Jahr 2000 wurden anteilig die meisten neuen Modelle für EDV- und IT-Inhalte, Bau- und Ausbauwesen sowie internationale Qualifikationen auch im Rahmen von europäischen Förderprogrammen entwickelt. Außerdem ist die Fachhochschulreife inzwischen erklärtes Ziel der Qualifizierungsmaßnahmen.

Es werden allerdings nicht nur neue Zusatzqualifikationen angeboten, sondern es fallen auch bereits bestehende Angebote weg. Wenn Zusatzangebote einzelne Ausbildungsberufe um neue oder aus anderen Bildungsbereichen stammende Qualifizierungsinhalte ergänzen und diese Kombination auf neue oder zu modernisierende Ausbildungsprofile hinweist, werden Zusatzqualifikationen teilweise im Neuordnungsverfahren in die Ausbildungsordnung aufgenommen. Ein Bei-

spiel hierfür ist der Ausbildungsberuf Fachkraft für Schutz und Sicherheit. Vor Einführung des neuen Ausbildungsprofils wurde Auszubildenden im Wach- und Sicherheitsgewerbe die Fortbildung zur IHK-geprüften Werkschutzfachkraft angeboten, um benötigte branchenspezifische Kenntnisse zu vermitteln.

Internationale Qualifikationen werden seit einigen Jahren im Rahmen von Neuordnungsverfahren in immer mehr Ausbildungsordnungen verankert. Als Konsequenz dieser Entwicklung sieht das Berufsbildungsreformgesetz die Möglichkeit vor, zeitlich begrenzte Abschnitte der Berufsausbildung im Ausland durchführen zu können (BerBiRefG, 2004, 9).

Wie festzustellen ist, hat das Angebot an Zusatzqualifikationen seit Mitte der neunziger Jahre eine deutliche Steigerung erfahren und 2002 einen Höhepunkt erreicht. Die Hälfte aller Zusatzqualifikationen wurde in den letzten fünf Jahren erstmals angeboten. Dass der Anteil geplanter Zusatzangebote im letzten und in diesem Jahr noch so niedrig ist, erklärt sich vor allem damit, dass die meisten Zusatzqualifikationen mit Beginn des Ausbildungsjahres beziehungsweise Schuljahres im August starten und das Angebot erst dann beworben und in die Datenbank AusbildungPlus eingetragen wird. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass rund 38 Prozent der Anbieter keine Angaben darüber gemacht haben, seit wann sie ihre Zusatzqualifikationen anbieten.

2.4 Struktur- und Organisationsmerkmale

Die Vielzahl verschiedener Anbieter von Zusatzqualifikationen spiegelt sich auch in ihrer deutschlandweiten Präsenz wider. In jedem Bundesland können Auszubildende Zusatzqualifikationen erwerben. Die mit Abstand meisten Angebote gibt es in den bevölkerungsreichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Tabelle 2).

Anteilig sind die meisten Auszubildenden – bezogen auf die Zahl der Auszubildenden Ende 2003 – allerdings mit Abstand im Saarland zu verzeichnen. Dort erhalten 12,5 Prozent aller Auszubildenden eine Zusatzqualifikation.⁶ Deutlich über dem Bundesdurchschnitt mit Werten von über 6 Prozent liegen auch Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen, aber auch Thüringen weist mit 5,3 Prozent einen hohen Anteil auf. Vergleichsweise selten werden

⁶ Bei den Anteilswerten sind allerdings einige Besonderheiten zu berücksichtigen. Im Saarland beispielsweise ist das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung ansässig. In den dort verwalteten Maßnahmen sind rund 2.000 Teilnehmer jährlich aus ganz Deutschland zu verzeichnen. Ohne diese Teilnehmer würde der Anteilswert des Saarlandes lediglich bei 3,1 Prozent liegen. Eine ähnliche Problematik der Zuordnung ergibt sich für Nordrhein-Westfalen, da in Köln das große internationale Austauschprojekt Leonardo da Vinci von der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) betreut wird. Dort nehmen ebenfalls Auszubildende aus ganz Deutschland teil, gegenwärtig 4.300 pro Jahr. Hier würde der Anteilswert auf 5 Prozent sinken.

Zusatzqualifikationen nach Bundesländern

Tabelle 2

Bundesland	Angebote	Modelle	Auszubildende
Baden-Württemberg	2.537	377	13.723
Bayern	626	118	4.349
Berlin	412	58	3.623
Brandenburg	103	81	1.325
Bremen	14	10	152
Hamburg	129	41	959
Hessen	410	124	2.384
Mecklenburg-Vorpommern	173	51	616
Niedersachsen	505	191	9.032
Nordrhein-Westfalen	3.244	447	20.252
Rheinland-Pfalz	133	66	1.533
Saarland	414	15	2.664
Sachsen	893	290	3.338
Sachsen-Anhalt	51	38	2.095
Schleswig-Holstein	64	44	1.364
Thüringen	766	189	2.779
Insgesamt	10.474	2.140	70.188

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Zusatzqualifikationen hingegen in den Ländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern angeboten, wo weniger als 2 Prozent aller Auszubildenden bislang eine Zusatzqualifizierung erhalten.

In Sachsen sowie in Thüringen wurden Förderprogramme eingerichtet, um die Einführung von Zusatzqualifikationen zu unterstützen. Sie sehen einen Finanzierungszuschuss vor, um entsprechende Angebote für die Auszubildenden kostengünstig zu ermöglichen. Ähnliche Programme wurden auch für die übrigen neuen Bundesländer aufgelegt. Zwar erhöhte sich dadurch die Anzahl der angebotenen Zusatzqualifikationen, es mangelt aber häufig an interessierten Auszubildenden.

Eine Besonderheit in Baden-Württemberg ist das inzwischen

flächendeckende Angebot an Zusatzqualifikationen im dualen Berufskolleg für Abiturienten in Teilzeitform. Bereits in den achtziger Jahren entstanden so die ersten Angebote für leistungsstarke Jugendliche an Berufsschulen, die dieser Zielgruppe mit den Ausbildungsinhalten verbundene Zusatzqualifikationen vermitteln (Niephaus, 2003, 360).

Der zeitliche Umfang der bei AusbildungPlus enthaltenen Zusatzqualifikationen reicht von zwei bis zu 3.500 Stunden (Meister für Abiturienten). Im Durchschnitt dauert eine Zusatzqualifikation 195 Stunden. Bei den Angeboten mit einer Dauer von nur zwei Stunden handelt es sich überwiegend um Fremdsprachenprüfungen von Berufsschulen und Kammern. Diese Zertifikate werden gezielt für Auszubildende angeboten und weisen berufsspezifische Sprachkenntnisse nach. Die Vorbereitung auf die Prüfung kann im regulären Berufsschulunterricht, betriebsintern oder privat erfolgen, so dass letztlich nur die zwei- oder

dreistündige abschließende Fremdsprachenprüfung als zusätzlicher Zeitaufwand zu verzeichnen ist. Die eigentliche Lernzeit ist zwar deutlich umfangreicher, allerdings individuell unterschiedlich, so dass hier kein Widerspruch zur Definition von Zusatzqualifikationen vorliegt, die einen gewissen zeitlichen Mindestumfang voraussetzt.

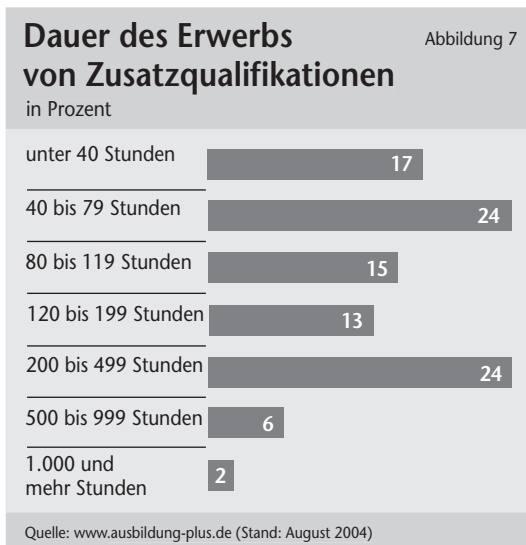
Der Großteil der Angebote bewegt sich mit einem Umfang zwischen 80 und 199 Stunden im mittleren Bereich (Abbildung 7). Immerhin ein Drittel weist 200 Stunden und mehr auf, 2 Prozent sogar 1.000 und mehr Stunden. Hierbei handelt es sich vor allem um intensive Qualifizierungsmaßnahmen etwa zum staatlich geprüften Betriebswirt oder um umfangreiche internationale Austauschprojekte. Insgesamt dauert die Hälfte der erfassten Zusatzqualifikationen demnach länger als 90 Stunden.

Die umfangreicheren Zusatzangebote sind für Auszubildende dann besonders attraktiv, wenn sie auch zu anerkannten Abschlüssen führen. Trotz des vielfach großen Stundenvolumens finden die meisten Zusatzangebote dabei während der regulären Ausbildungszeit statt. Daher sind der Dauer auch Grenzen gesetzt, da zunächst einmal die originalen Ausbildungsinhalte vermittelt werden müssen. Wenn bei leistungsstarken

Auszubildenden die Ausbildungszeit verkürzt wird, schränkt dies den möglichen Umfang von Zusatzqualifikationen weiter ein.

Organisatorisch reicht die Bandbreite von mehreren Wochen Vollzeitqualifizierung bis zu regelmäßigem Unterricht oder praktischen Unterweisungen von einer oder mehreren Stunden pro Woche während des ganzen Ausbildungsjahres.

Der Bereich zwischen 200 und 500 Stunden umfasst die meisten internationalen Austauschprogramme oder Ausbildungsprojekte, daher weisen sie mit 360 Stunden auch einen großen durchschnittlichen Umfang auf (Tabelle 3). Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus dem europäischen Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci. Dort findet ein Großteil der Maßnahmen (rund 90 Prozent)



im Bereich zwischen drei und zwölf Wochen statt (NA BIBB, 2000, 7 und 74). In der Regel werden die Auszubildenden zusätzlich mit Fremdsprachenunterricht und Landeskunde auf ihren bevorstehenden Auslandsaufenthalt vorbereitet.

Dauer von Zusatzqualifikationen nach Art der Zusatzqualifikation

Tabelle 3

in Stunden

Art der Zusatzqualifikation	Durchschnittliche Dauer
Qualifizierung zur (Fach-)Hochschulreife	457
Internationales Austauschprogramm	359
Zusatzqualifikation im Betrieb	231
Zusatzqualifikation mit HWK oder HWK-Bildungszentrum	210
Zusatzqualifikation mit IHK oder IHK-Bildungszentrum	172
Zusatzqualifikation sonstiger Bildungsanbieter	138
Zusatzqualifikation an einer Berufsschule	132
Insgesamt	195

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Unternehmensinterne Zusatzangebote dauern durchschnittlich gut 230 Stunden. Dieses hohe Stundenvolumen kommt durch die umfangreichen Ausbildungsgänge zustande, die einige Unternehmen passgenau entsprechend ihrem betrieblichen Qualifikationsbedarf für ihre Auszubildenden entwickelt haben. Als Beispiele für solche betriebsinternen Bildungsgänge können die Ausbildung zum Fachberater Vertrieb bei der Siemens AG oder die Ausbildung zum Abteilungsleiterassistenten bei der Kaufhof Warenhaus AG genannt werden.

Bei den Handwerkskammern dauert fast die Hälfte der Zusatz-

qualifikationen zwischen 40 und 80 Stunden. Längerfristige Angebote mit einer Gesamtdauer von 200 bis 500 Stunden bilden mit rund 30 Prozent den zweiten Schwerpunkt aller Angebote. Zu diesem Bereich zählt vornehmlich die klassische handwerkliche Zusatzqualifikation Betriebsassistent im Handwerk, der auch – je nach Bundesland – Management im Handwerk oder Technischer Fachwirt genannt wird.

Auch die Industrie- und Handelskammern haben ein breit gefächertes Angebot an Zusatzqualifikationen sowohl im kurzfristigen Bereich als auch mit größerem Zeitumfang. Zu den weniger umfangreichen zählen überwiegend Angebote, bei denen die Kammer nur die Prüfung übernimmt und die Qualifizierung im Betrieb oder in der Berufsschule stattfindet. Darüber hinaus werden häufig Kurse mit geringerem Studiumumfang angeboten, die modular aufeinander aufbauen oder sich miteinander kombinieren lassen und am Ende zu einem anerkannten Zertifikat führen. Längere Zusatzqualifikationen sind vor allem Assistentenausbildungsgänge für Abiturienten, die die gesamte Ausbildungsdauer umfassen, und

anerkannte Fortbildungsangebote nach § 53 BBiG, die im Sinne einer engeren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung bereits für Auszubildende angeboten werden (vgl. Kapitel 4.2).

In Berufsschulen werden Zusatzqualifikationen im Rahmen von Differenzierungsunterricht oder optionalen zusätzlichen Modulen angeboten, die im Anschluss an den Unterricht stattfinden. Häufig werden die Zusatzqualifikationen auch in den normalen Berufsschulunterricht integriert, indem allgemein bildende Fächer wie Deutsch und Religion durch andere Fächer ersetzt werden oder die Auszubildenden anerkannte Zertifikate durch Prüfungen erwerben, für die der Fachunterricht die Grundlage bildet. Diese Angebote sind in der Regel nicht sehr umfangreich, die Hälfte der berufsschulischen Zusatzqualifikationen dauert deshalb nicht länger als 70 Stunden. Werden jedoch die Angebote zum Erwerb der Fachhochschulreife berücksichtigt, erhöht sich die durchschnittliche Dauer einer Zusatzqualifikation an Berufsschulen auf 210 Stunden.

Zusatzqualifikationen werden nicht nur für Abiturienten angeboten, sondern richten sich an Absolventen aller Schulstufen (Tabelle 4). Für Jugendliche mit

Erforderliche schulische Vorbildung für Zusatzqualifikationen

Tabelle 4

in Prozent (Doppelnennungen möglich)

Art der Zusatzqualifikation	Abitur	Fachhochschulreife	Realschulabschluss	Hauptschulabschluss	ohne Abschluss
Qualifizierung zur (Fach-)Hochschulreife	–	–	100	–	–
Zusatzqualifikation mit IHK oder IHK-Bildungszentrum	25	21	46	46	7
Zusatzqualifikation mit HWK oder HWK-Bildungszentrum	31	23	34	59	17
Zusatzqualifikation an einer Berufsschule	13	13	64	45	4
Zusatzqualifikation im Betrieb	23	23	54	51	1
Internationales Austauschprogramm	39	42	45	47	27
Zusatzqualifikation sonstiger Bildungsanbieter	9	10	31	77	21
Insgesamt	19	17	50	51	10

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Haupt- oder Realschulabschluss steht jeweils rund die Hälfte der Zusatzqualifikationen offen, an Schüler mit Fachhochschulreife oder Abitur richtet sich knapp ein Fünftel. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich viele Angebote nicht nur an Bewerber mit einem bestimmten Schulabschluss richten, sondern mit Mindestanforderungen verknüpft sind, die auch von Jugendlichen mit höherer Schulbildung erfüllt werden.

Im Bereich der Zusatzqualifikationen mit Beteiligung von Handwerkskammern wird fast ein Drittel für Jugendliche angeboten, die über die allgemeine Hochschulreife verfügen. Dabei handelt es sich beinahe ausschließlich um die Zusatzqualifikation Betriebsassistent im Handwerk, für die ursprünglich das Abitur vorausgesetzt wurde. Inzwischen werden hierfür allerdings infolge von Bewerbermangel in vielen Regionen auch Auszubildende mit Fachhochschulreife sowie vereinzelt Jugendliche mit Realschulabschluss zugelassen.

Es gibt eine Vielzahl von Zusatzqualifikationen, die speziell für Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluss angeboten werden. Ihnen steht jedes zweite Ausbildungsangebot offen – auch in Ausbildungsbetrieben. Diese Angebote bestehen überwiegend aus praxisbezogenen Unterweisungen, enthalten nur wenig theoretischen Unterricht und fördern so vor allem die praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Auszubildenden. Hauptschüler finden Angebote vor allem im Handwerk und bei sonstigen Bildungsanbietern. Realschüler können die meisten Angebote – insbesondere die speziell auf sie zugeschnittene Fachhochschulreife – in Berufsschulen wahrnehmen.

Insgesamt 10 Prozent der Zusatzqualifikationen stehen Jugendlichen offen, die keinen Schulabschluss haben. Wie viele solcher Bewerber diese Angebote nutzen, ist nicht bekannt. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss unter den Auszubildenden ist gering. Nur knapp 3 Prozent der Ausbildungsanfänger im dualen System haben keinen Schulabschluss, weitere 2 Prozent münden nach dem Berufsvorbereitungsjahr in eine Ausbildung ein und verfügen ebenfalls überwiegend über keinen Hauptschulabschluss (BMBF, 2004, 168). Weil Zusatzqualifikationen Engagement und Leistungsbereitschaft über das übliche Maß hinaus erfordern, richten sie sich in der Regel nicht an diese Zielgruppe.

2.5 Fazit: Flexiblere und attraktivere Ausbildung durch Zusatzqualifikationen

Die inhaltlichen Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen liegen bei internationalen Qualifikationen, im betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Bereich sowie bei Schlüsselqualifikationen. Rund zwei Drittel der Auszubildenden nehmen an entsprechenden Qualifizierungsangeboten teil. Seit Mitte der neunziger

Jahre ist das Angebot deutlich gestiegen, wobei vor allem Qualifikationen mit Schwerpunkt EDV und IT an Bedeutung gewonnen haben.

Die zunehmende Verbreitung von Zusatzqualifikationen wird durch Modellversuche, Schulversuche und Förderprogramme unterstützt. Der wichtigste Grund für diese Angebote liegt aber in der Motivation der Unternehmen, die ebenso wie die Auszubildenden von den zusätzlichen Qualifizierungsangeboten profitieren. Der Großteil der vorhandenen Zusatzqualifikationen wurde durch Unternehmen angestoßen. Damit vermitteln sie betriebspezifisch benötigte Fachkenntnisse, welche die Anpassung der Ausbildung entsprechend den aktuellen Qualifikationserfordernissen im Betrieb ermöglichen. Neben einer Vertiefung der Ausbildungsinhalte durch Spezialisierung der Kenntnisse und Fertigkeiten kann auch deren Verbreiterung durch Inhalte aus benachbarten Berufsfeldern oder eine Erweiterung durch Schlüsselqualifikationen im kommunikativen, organisatorischen oder methodischen Bereich stattfinden.

Durch das flexibel einsetzbare und gestaltbare Instrument der Zusatzqualifikationen kann darüber hinaus zeitnah auf betrieblichen Qualifizierungsbedarf reagiert werden, um so die Ausbildung aktuell, betriebsnah und effizient zu gestalten. Neue Qualifikationsanforderungen, die durch die Ausbildungsordnung (noch) nicht abgedeckt werden, können so in den Ausbildungsablauf integriert werden und tragen zu einer Modernisierung der Berufsausbildung bei. Neben der Passgenauigkeit von erworbenen (spezifischen) Qualifikationen kann so auch die betriebspezifische Effizienz gesteigert werden.

Zusatzqualifikationen kommen als geeignetes Förderinstrument für begabte Jugendliche der steigenden Nachfrage nach hoch qualifizierten Fachkräften entgegen. Besonders leistungsstarken Auszubildenden eröffnen sie qualitativ hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten und zusätzliche Karrierewege. Eine bedarfsgerechte Ausbildung engagierter, an das Unternehmen gebundener Nachwuchskräfte hat darüber hinaus einen Attraktivitätseffekt nach außen, wodurch leistungsbereite Auszubildende gewonnen werden können. Für die Unternehmen wird in Zukunft angesichts der demographischen Entwicklung die Gewinnung engagierter Jugendlicher als Auszubildende noch wichtiger, um qualifizierten Fachkräftenachwuchs zu sichern.

3

Duale Studiengänge: Lehre plus Studium

3.1 Definition ausbildungsintegrierter dualer Studiengänge

Ebenso wie der Begriff Zusatzqualifikation vielfältig verwendet wird, gibt es auch keine einheitliche Definition für duale Studiengänge. Alle dualen Studiengänge sind durch eine Kombination der Lernorte Betrieb und Hochschule gekennzeichnet. Unterschiede gibt es aber bei der Verzahnung von praxisbezogener und wissenschaftlicher Ausbildung. Dementsprechend erfolgt in der Literatur eine Einteilung in ausbildungsintegrierte, berufsintegrierte und berufsbegleitende (BLK, 2003, 13) oder zusätzlich in praxisintegrierte Studiengänge (Mucke, 2003, 3 f.).

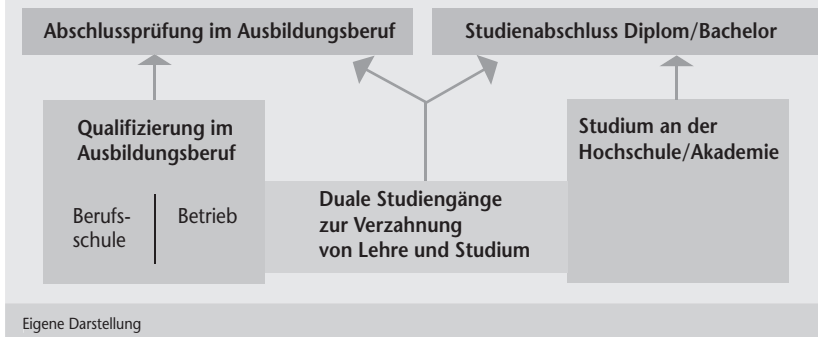
Sinnvoller erscheint es allerdings, an duale Studiengänge höhere Anforderungen hinsichtlich der Integration von Theorie und Praxis zu stellen, um diese von gängigen Studienangeboten abgrenzen zu können, die zwar fachpraktische Studiensemester oder Praxisphasen beinhalten können, diese aber meist nicht eng mit den Studieninhalten verzahnen (Konegen-Grenier/Werner, 2001, 8 f.). Daher sollten als duale Studiengänge nur solche bezeichnet werden, die eine enge Integration von Theorie und Praxis beinhalten und auf Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Hochschulen oder Akademien setzen. Denn für Hochschulen ist es attraktiv, mit dem Label „dualer Studiengang“ zu werben, da diese aufgrund der Praxishöhe eine hohe Attraktivität bei Studienberechtigten aufweisen.

Da in dieser Studie die berufliche Erstausbildung im Vordergrund steht, werden ausschließlich ausbildungsintegrierte duale Studiengänge betrachtet. Solche Studiengänge verbinden ein wissenschaftliches Studium an einer Hochschule oder Akademie mit einer praxisorientierten Berufsausbildung in einem Unternehmen (Abbildung 8). Bei einem Drittel der Angebote kommt als dritter Lernort die Berufsschule hinzu. Besonderes Merkmal ist die enge inhaltliche Verzahnung von betrieblicher Ausbildung mit der Sammlung von Berufserfahrung im Ausbildungsbetrieb und theoretischem Wissenserwerb an der Hochschule oder Akademie. Diese wird auch durch eine große inhaltliche Nähe und Entsprechung von Ausbildungsberuf und Studienrichtung gewährleistet.

Während der gesamten Ausbildungs- und Studienzeits wechseln sich Praxisphasen im Betrieb und Theoriephasen an der Hochschule oder Akademie ab. Innerhalb von drei bis fünf Jahren erwerben die Studierenden zwei Abschlüsse: den Berufsabschluss und das Hochschuldiplom. Um beides zu schaffen, ist der gesamte Ausbildungsgang straff organisiert. Die Anforderungen sind hoch, dafür bieten sich den Absolventen im Gegenzug jedoch auch gute Karrierechancen.

Aufbau ausbildungsintegrierter dualer Studiengänge

Abbildung 8



Für die Praxisphasen schließen die Unternehmen mit den Bewerbern einen Ausbildungs-, Praktikanten- oder Volontariatsvertrag. Während der Berufsausbildung wird parallel studiert. Die Ausbildung wird in der Regel nach dem Grundstudium obligatorisch oder fakultativ mit einer Abschlussprüfung vor der zuständigen Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer beendet. Danach bleiben die Studierenden an das Unternehmen in Praxissemestern oder in der vorlesungsfreien Zeit als Werkstudent, Praktikant, teilzeitbeschäftigte Fachkraft, Volontär oder Stipendiat vertraglich gebunden. Das Hauptstudium dient der Spezialisierung in einer Fachrichtung. Am Ende des Studiums wird im Betrieb eine praxisorientierte Diplomarbeit angefertigt, die meist die Lösung einer betrieblichen Problemstellung zum Ziel hat. Der genaue Studienablauf ist an den einzelnen Hochschulen und Akademien zum Teil sehr unterschiedlich geregelt. Insgesamt zeichnen sich die ausbildungsintegrierten dualen Studiengänge durch eine große organisatorische und inhaltliche Vielfalt aus.

3.2 Die Anbieter dualer Studiengänge

Zu den ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen zählen nach der hier verwendeten Definition Kooperationen von Betrieben mit Fachhochschulen, Universitäten, Berufsakademien sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien. Obwohl der Kern der ausbildungsintegrierten dualen Studiengänge die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einem Studium verbindet, werden in die Datenbank AusbildungPlus auch gleichwertige Bildungsangebote aufgenommen. Hierzu zählen die Angebote an staatlichen Berufsakademien in Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen und Thüringen sowie vereinzelt an privaten

Berufsakademien, deren praktischer Ausbildungsteil nicht mit einer Kammerprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf endet. Hinsichtlich ihrer Inhalte, des Ablaufs, der Zugangsvoraussetzungen und der Studienabschlüsse sind diese dualen Studienangebote jedoch als äquivalent zu anderen dualen Studiengängen zu bewerten.⁷ Darüber hinaus ist der Abschluss an einer Berufsakademie aus bildungspolitischer Sicht inhaltlich und formal in allen Punkten zumindest als gleichwertig, in einigen Punkten (Ausbildereignungsprüfung, formales Bildungsniveau) sogar höherwertiger einzustufen als der Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Der Abschluss an einer Berufsakademie wird in einigen Bundesländern auf ein Fachhochschulstudium angerechnet. An den Berufsakademien in Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen und Thüringen ist der Abschluss dem einer Fachhochschule gleichwertig. Dasselbe gilt auch für Schleswig-Holstein. In Bremen, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt kann nach einem zweisemestrigen Aufbaustudium das Diplom (FH) erreicht werden. In den übrigen Bundesländern gilt: Es liegt im Ermessen der einzelnen Fachhochschule, ob sie einen Berufsakademie-Abschluss auf ein Studium in der entsprechenden Studienrichtung anrechnet.

Neben dem Diplom werden auch in ausbildungsintegrierten Studiengängen zunehmend die international bekannteren Bachelor-Abschlüsse vergeben. Insgesamt besteht zurzeit in 40 dualen Studiengängen die Möglichkeit, das Studium mit dem Bachelor abzuschließen. Die Mehrzahl dieser Angebote ist an Fachhochschulen angesiedelt, aber auch Berufsakademien und zwei Universitäten befinden sich darunter. Die neuen Studienabschlüsse sind somit auch im Bereich der dualen Studienangebote auf dem Vormarsch. Dies kommt nicht nur den differenzierten Berufswahlwünschen von Studieninteressierten entgegen, sondern stößt – nach einer erforderlichen Phase der Markteinführung der neuen Studienabschlüsse – inzwischen auch auf eine hohe Akzeptanz in Unternehmen (Konegen-Grenier, 2004, 26 f.).

An den neun Berufsakademien in Baden-Württemberg und an der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie besteht grundsätzlich die Möglichkeit, zusätzlich zum Diplom (BA) auch einen Bachelor with Honours von der Open University in London zu erwerben.⁸ An den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Berlin und Essen sowie an den Hessischen Berufsaka-

⁷ Nicht berücksichtigt werden in der Datenbank AusbildungPlus hingegen Studiengänge im Sozialwesen oder im Pflegemanagement, da die korrespondierenden Assistentenabschlüsse keinen anerkannten Ausbildungsberufen entsprechen, sondern rein schulische Ausbildungsgänge widerspiegeln.

⁸ Dazu treffen die Studierenden individuelle Vereinbarungen mit ihrem Studienleiter. Aufgrund der vom Lehrstuhl abhängigen individuellen Regelungen liegen allerdings zurzeit keine Informationen darüber vor, wie viele Studierende zusätzlich den internationalen Bachelor-Abschluss erwerben.

demien in Frankfurt, Darmstadt und Kassel können BWL-Studenten zusätzlich zum Wirtschaftsdiplom in einem Fernstudium an der Fachhochschule Zeeland in Vlissingen (Niederlande) den Bachelor of Business Administration erwerben. An niedersächsischen Berufsakademien können seit dem vergangenen Jahr ebenfalls Bachelor-Abschlüsse vergeben werden. Voraussetzung ist die Anerkennung der Studiengänge durch eine Akkreditierungsagentur nach dem Vorbild des Verfahrens für staatliche Hochschulen. Die Umstellung auf die neuen Abschlüsse wird deshalb noch einige Zeit dauern.

Wie Fachhochschulen und Universitäten können auch die Berufsakademien ihr Studienangebot um Masterprogramme erweitern. An der baden-württembergischen Berufsakademie Mosbach wird seit Beginn dieses Jahres ein eineinhalbjähriges Masterstudium angeboten. Damit bieten sich für BA-Absolventen neue Möglichkeiten der Weiterqualifizierung mit internationalem Bezug. Das Studium an einer Berufsakademie bedeutet schon längst keine Sackgasse mehr auf dem Karriereweg. Betriebsumfragen bescheinigen den Absolventen mit BA-Abschluss überdurchschnittlich gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Masterstudium öffnen sich hier neue Perspektiven für die berufliche Karriere durch die Einlösung der Realoption des Bachelor-Abschlusses. Im Vergleich zu Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen wird BA-Absolventen aufgrund der betrieblichen Ausbildung während des Erststudiums beispielsweise an der Berufsakademie Mannheim die Hälfte der vorausgesetzten Berufspraxis erlassen.

3.3 Das Angebot: Umfang, Inhalte und zeitliche Entwicklung

Inzwischen gibt es weit über 500 duale Studiengänge an Fachhochschulen, Berufsakademien, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien und mittlerweile auch an mehreren Universitäten. Gut 40.000 Studierende sind derzeit in solchen ausbildungsintegrierten Studiengängen eingeschrieben, davon rund drei Viertel an Berufsakademien (Tabelle 5). Insgesamt bestehen rund 18.000 Kooperationsbeziehungen zwischen Akademien und Hochschulen auf der einen und Betrieben, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, auf der anderen Seite. Darunter sind jedoch zahlreiche Unternehmen, die mehrere Studiengänge anbieten. Ohne diese Doppelzählungen sind bundesweit etwa knapp 12.000 Unternehmen als Anbieter dualer Studiengänge zu verzeichnen.

Die Teilnehmerzahlen je Studiengang liegen an Berufsakademien sowie an Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien rund drei- bis viermal so hoch wie an Hochschulen. Eine Erklärung dafür liefert neben der historischen Entwicklung – die Angebote an Akademien bestehen meist bereits deutlich länger – die Organisation von ausbildungsintegrierten Studienangeboten an staatlichen Fachhochschulen.

Das Angebot dualer Studiengänge Tabella 5

Anbieter	Studiengänge	Unternehmen	Auszubildende/ Studierende
Berufsakademien	274	12.353	30.063
Fachhochschulen/ Universitäten	205	3.344	6.507
Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien	46	2.753	3.884
Insgesamt	525	18.450	40.454

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

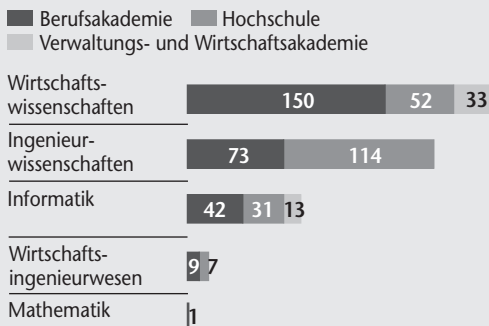
Dort werden oft keine eigenen Studienmodelle für die dualen Angebote entwickelt, sondern die Auszubildenden nehmen stattdessen an den regulären Lehrveranstaltungen für Vollzeitstudierende teil. An privaten Fachhochschulen ist diese

Form des dualen Studienangebots hingegen nicht verbreitet, weil diese entweder für duale Studienangebote neu gegründet wurden oder die Interessen der Unternehmer stärker berücksichtigt werden. An staatlichen Fachhochschulen absolvieren daher meist weniger als zehn Studierende parallel zum Studium eine Berufsausbildung, während sich ihre Zahl an privaten Fachhochschulen auf 34 beläuft. Allerdings wurden zwei Drittel der Angebote an staatlichen Fachhochschulen erst in den letzten fünf Jahren eingeführt. An Universitäten liegt die durchschnittliche Anzahl der dual Studierenden bei 15. Wie an staatlichen Fachhochschulen werden hier keine eigenen Studienveranstaltungen im Rahmen des ausbildungsintegrierten Studiums angeboten.

Fachhochschulen und Universitäten boten im Jahr 2004 bereits mehr als 200 duale Studiengänge an. Davon ist die Mehrzahl an Fachhochschulen angesiedelt. Erst wenige Universitäten beteiligen sich an der dualen Ausbildung.

Duale Studiengänge nach Fachbereich

Abbildung 9



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Insgesamt sind zurzeit 14 ausbildungsintegrierte betriebswirtschaftliche, ingenieurwissenschaftliche und Informatik-Studiengänge von sechs Universitäten in der Auswahl.

Den Großteil der ausbildungsintegrierten Studienangebote gibt es im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften (Abbildung 9). Die Berufsakademien bieten die meisten ökonomisch ausgerichteten Studiengänge an,

weisen aber mit Ingenieurwissenschaften, Informatik und Wirtschaftsingenieurwesen ebenso wie die Fachhochschulen eine breite Palette an wirtschaftsorientierten Fachbereichen auf. An Fachhochschulen werden die meisten ingenieurwissenschaftlichen dualen Studiengänge angeboten – an Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien dagegen ausschließlich Wirtschaftswissenschaften inklusive Wirtschaftsinformatik.

Mehr als die Hälfte der Studierenden beendet ihr duales Studium mit einem Diplom in Betriebswirtschaftslehre. Am häufigsten wird ein BWL-Studium mit einer kaufmännischen Lehre kombiniert. Dabei können die Studierenden zwischen vielen verschiedenen Studienrichtungen

wie Banklehre, Medienwirtschaft, Gesundheitsmanagement, Steuerrecht, Tourismuswirtschaft oder Wirtschafts-jura wählen (Abbildung 10). Die Spezialisierung erfolgt in der Regel in Absprache mit dem Ausbildungsbetrieb entsprechend den Schwerpunkten der Ausbildung und der Betriebstätigkeit.

Rund ein Drittel der Studienangebote stammt aus dem Fachbereich Ingenieurwissenschaften, die in Berufsakademien bereits eine lange Tradition haben. An Hochschulen wurden solche Studiengänge erst in den letzten Jahren verstärkt eingeführt, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden. Besonders die Fachhochschulen richten sich gezielt auf Personalbedarf in Unternehmen aus.

In den Ingenieurwissenschaften werden am häufigsten die Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik und Mechatronik angeboten (Abbildung 11). Ein

Duale Studiengänge in den Wirtschaftswissenschaften

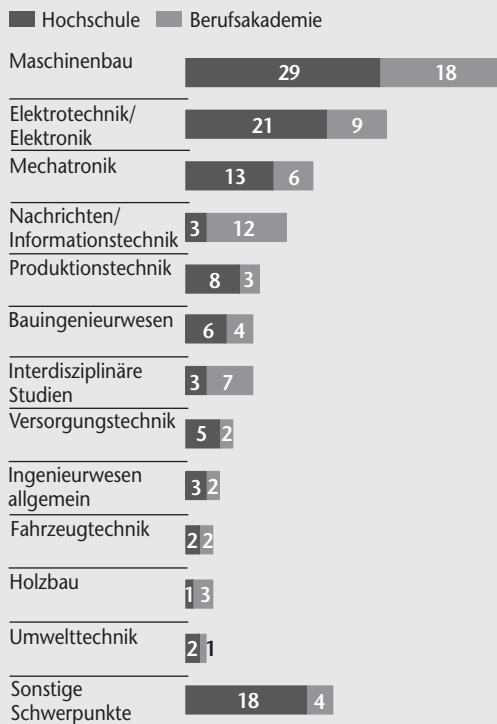
Abbildung 10



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Duale Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften

Abbildung 11



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Ingenieurstudium wird vor allem mit einer technischen betrieblichen Ausbildung kombiniert. Da auch für Fachkräfte im technischen Bereich betriebswirtschaftliche Kenntnisse immer wichtiger werden, gibt es inzwischen auch Angebote für die Kombination einer technischen Berufsausbildung mit einem Wirtschaftsingenieurstudium. Grundsätzlich ist aber auch die Kombination mit einer kaufmännischen Ausbildung möglich. Im Rahmen der sonstigen fachlichen Schwerpunkte haben Studierende im ingenieurwissenschaftlichen Studium darüber hinaus viele weitere Möglichkeiten, sich auf verschiedene Fachrichtungen zu spezialisieren. Sie können beispielsweise

zwischen den Studienrichtungen Mikrotechnologie, Fahrzeugtechnik, Chemieingenieurwesen, Recycling oder Schiffbau wählen.

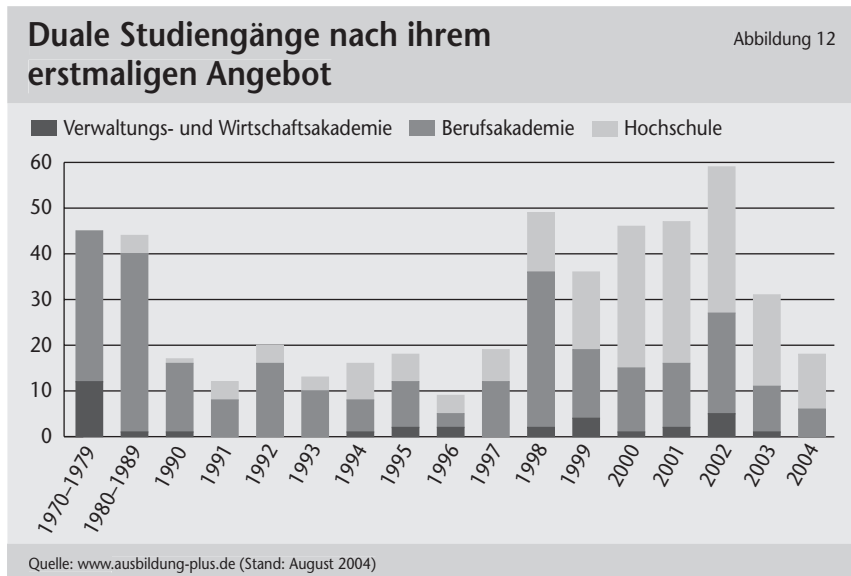
Für Auszubildende im Handwerk gibt es einige spezielle Studienangebote, wie den ausbildungsintegrierten Studiengang Augenoptik oder das kooperative Studium Holztechnik, die beide parallel zum Gesellen und zum Diplom-Ingenieur qualifizieren.

Jeder sechste Studiengang schließt mit einem Diplom in Informatik oder Wirtschaftsinformatik ab. Diese richten sich nicht nur an Auszubildende in den IT-Berufen, sondern werden vermehrt auch mit anderen kaufmännischen Ausbildungsberufen wie Bank- oder Industriekaufmann kombiniert. Relativ neu im Angebot ist der Studiengang Medieninformatik, der mit einer Ausbildung in den Medienberufen einhergeht und inzwischen von zwei Berufsakademien und einer

Fachhochschule angeboten wird. An der Fachhochschule Aachen lässt sich gar ein Studium zum Diplom-Mathematiker mit der Ausbildung zum mathematisch-technischen Assistenten kombinieren.

Insgesamt hat die Angebotsvielfalt in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Es werden neue Fächerkombinationen und zunehmend interdisziplinär ausgerichtete Studiengänge entwickelt. Ein Beispiel ist der Fachbereich Ingenieurinformatik, der in jüngster Zeit einen Aufschwung erfährt; sieben duale Studiengänge werden hier inzwischen angeboten. Die Verknüpfung von ingenieurwissenschaftlichen Inhalten mit Informatik kommt den veränderten Arbeitsanforderungen entgegen, die eine zunehmende Verzahnung zwischen Maschinenbauwesen und Informationstechnik beinhalten.

In den vergangenen Jahren wurde damit eine neue Dynamik bei der Einrichtung dualer Studiengänge erreicht, deren Vorreiter die Angebote der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien sowie der Berufsakademien in den siebziger Jahren waren (Abbildung 12). An dieser ersten Entwicklungswelle zur Kombination aus Berufsausbildung und Studium waren maßgeblich die Berufsakademien in Baden-Württemberg beteiligt.



Eine zweite Angebotswelle ist seit Ende der neunziger Jahre zu beobachten. Insbesondere die Fachhochschulen haben sich verstärkt engagiert und ihr Angebot an dualen Studiengängen aufgestockt. Fast zwei Drittel der ausbildungsinteg-

rierten Studienangebote an Fachhochschulen sind erst in den letzten fünf Jahren entstanden, an den Akademien war es im selben Zeitraum rund ein Viertel. Zur Vergrößerung ihres dualen Studienangebots nutzen insbesondere die staatlichen Fachhochschulen häufig bereits bestehende Studiengänge. Anders als die Akademien müssen sie so keine inhaltlich und organisatorisch unabhängigen dualen Studiengänge in Kooperation mit den entsendenden Unternehmen neu entwickeln.

Weitere Abweichungen zwischen dem Angebot staatlicher und privater Fachhochschulen lassen sich im Bereich der Standorte beobachten. Während die privaten Fachhochschulen ihre Studienangebote überwiegend in Großstädten und Ballungszentren angesiedelt haben, sind staatliche Fachhochschulen auch in strukturschwachen Regionen vertreten. In den neuen Bundesländern sind staatliche Fachhochschulen an sechs Standorten vertreten (u. a. Zittau und Schmalkalden), ein Studienangebot aus privater Trägerschaft findet sich nicht.

Bereits seit Mitte der neunziger Jahre bieten die Universität des Saarlandes und die Universität Paderborn ausbildungsintegrierte Studiengänge an. Weitere Studienangebote an diesen und anderen Universitäten sind in den letzten Jahren hinzugekommen. Bei dem neuen Angebot handelt es sich ausschließlich um Studiengänge im Bereich Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik. Hier spiegelt sich der Qualifikationsbedarf der Unternehmen wider: Technische und ingenieurwissenschaftliche Absolventen sind gefragt. Insgesamt bilden duale Studiengänge an Universitäten noch die Ausnahme. Mit der Umstellung auf die praxisorientierten gestuften Studienabschlüsse ist aber auch hier mit einem vermehrten Angebot zu rechnen.

3.4 Struktur- und Organisationsmerkmale

Inzwischen werden ausbildungsintegrierte Studiengänge in ganz Deutschland angeboten (Tabelle 6). Die meisten Studienangebote und fast die Hälfte der Studierenden gibt es an Berufsakademien in Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen hat die meisten Angebote und Auszubildenden an Hochschulen sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien.

In allen Bundesländern bieten Fachhochschulen ausbildungsintegrierte Studiengänge an. Auch die dualen Angebote der Akademien sind inzwischen – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – bundesweit verbreitet. In Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind diese vorrangig als Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, in Brandenburg und Hamburg als Wirtschaftsakademien ausgestaltet. Einen Sonderfall stellt Sachsen-Anhalt dar, wo ein Berufsakademie-Abschluss von einer Fachhochschule angeboten wird.

Ein duales Studium an einer Hochschule dauert drei bis fünf Jahre. Da die Studierenden auf diese Weise zwei anerkannte Abschlüsse erwerben, bedeutet das eine Zeitersparnis von teilweise mehreren Jahren im Vergleich zu den Hochschulabsolventen, die vor dem Studium eine Ausbildung absolviert haben. Eine Regelstudienzeit am oberen Ende von fünf Jahren sehen allerdings nur insgesamt 30 Prozent der ausbildungsintegrierten Hochschulstudiengänge vor. Rund ein Viertel der dualen Studienangebote dauert viereinhalb Jahre und in ebenso vielen Studiengängen kann das Di-

plom bereits nach dreieinhalb Jahren erlangt werden. Besonders schnell geht es an der Fachhochschule für die Wirtschaft (FHDW). Sie bietet an verschiedenen Standorten ein ausbildungsintegriertes Diplom-Studium innerhalb von drei Jahren an. Da die Unternehmen in der Regel für die Studiengebühren aufkommen und zusätzlich eine Ausbildungsvergütung zahlen, werden zum Teil Bindungs- oder Rückzahlungsklauseln vereinbart für den Fall, dass die Auszubildenden nach Ende des Studiums den Ausbildungsbetrieb verlassen wollen.

Solche Vereinbarungen dürfen sich derzeit aufgrund von § 12 Berufsbildungsgesetz allerdings nicht auf solche Ausbildungsphasen beziehen, die Inhalte des anerkannten Ausbildungsberufs darstellen. Daher kann dieses Instrument nicht in vollem Umfang die gewünschte Funktion erfüllen, nämlich die teilweise sehr umfangreichen Ausbildungsinvestitionen für die Betriebe abzusichern. Betriebe werden aber auf Dauer nur dann bereit sein, in solche hochwertigen Ausbildungsangebote zu investieren, wenn sie anschließend auch Erträge durch die Tätigkeit

Ausbildungsintegrierte Studiengänge nach Bundesländern

Tabelle 6

Bundesland	Fachhochschule/ Universität	Berufsakademie	Verwaltungs- u. Wirtschaftsakademie
Baden-Württemberg	21	123	–
Bayern	20	–	3
Berlin	3	13	4
Brandenburg	2	–	2
Bremen	1	1	–
Hamburg	5	–	2
Hessen	12	23	6
Mecklenburg-Vorpommern	2	–	–
Niedersachsen	38	30	3
Nordrhein-Westfalen	72	–	24
Rheinland-Pfalz	7	–	2
Saarland	1	5	–
Sachsen	6	44	–
Sachsen-Anhalt	–	2	–
Schleswig-Holstein	9	11	–
Thüringen	6	22	–

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

der Absolventen im Unternehmen erwarten können. Im Bereich der Weiterbildung werden solche Bindungs- oder Rückzahlungsklauseln daher mit großem Erfolg und Vorteilen sowohl für die finanzierenden Betriebe als auch die Qualifizierten angewandt (Alewell/Koller, 2002, 115).

Ein ausbildungsintegriertes Studium an einer Universität ist nicht zwangsläufig zeitaufwendiger als ein Fachhochschulstudium. So benötigt man für den Berufsabschluss und den Bachelor im Kombinationsstudium International Business Studies an der Universität Paderborn nur dreieinhalb Jahre. Ein weiteres Beispiel ist der Fachbereich Maschinenbau an der Universität Kassel. Hier wird das duale Studium nach neun Semestern mit dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss Diplom I beendet. Danach besteht die Möglichkeit, in einer zweiten Studienstufe innerhalb von drei weiteren Semestern die wissenschaftliche Qualifikation zu vertiefen und das Studium mit dem Diplom II⁹ abzuschließen, so dass sich die Studienzeit auf insgesamt sechs Jahre summiert.

Das Studium an einer Akademie unterscheidet sich von dem an einer Hochschule durch die kürzere Dauer und die noch größere Praxisnähe. Bereits nach drei Jahren erwerben die Studierenden ihren Abschluss. Die betriebliche Ausbildung wird am Ende des ersten Ausbildungsabschnitts nach eineinhalb Jahren mit der Abschlussprüfung vor der zuständigen Kammer beendet. Einige Berufsakademien stellen es ihren Studierenden frei, ob sie an der Kammerprüfung teilnehmen wollen. In Baden-Württemberg endet die praktische Ausbildung nicht mit einer Kammerprüfung, sondern mit einer akademieinternen Assistentenprüfung. Berufsakademien in Berlin, Sachsen und Thüringen prüfen die betrieblichen Ausbildungsinhalte nicht, ebenso wie zwei private Berufsakademien in Mandelbachtal und Bad Homburg.

Trotz der intensiven Ausbildung bleibt auch in dualen Studiengängen Zeit für eine internationale Ausrichtung. Entsprechend den Anforderungen der Wirtschaft werden junge Nachwuchsfachkräfte mit internationalen Kenntnissen und Erfahrungen ausgebildet. Zusätzlicher Fremdsprachenunterricht an der Akademie oder Hochschule ist obligatorisch und ein Auslandsaufenthalt meist möglich. Allerdings erfordern der straffe Ausbildungsplan und die zeitliche Belastung der Studierenden in einem dualen Studiengang in der Regel die Anrechnung der im Ausland erbrachten Leistungen. Neben einem Fachsemester an einer ausländischen Hochschule kann auch ein Praxissemester im Ausland absolviert werden.

⁹ Das Diplom II entspricht dem Abschluss eines Diplomstudiums. Der Abschluss Diplom I wurde geschaffen, um Studierenden mit Fachhochschulreife das Studium an einer Universität zu ermöglichen. Die Abschlüsse unterscheiden sich nicht hinsichtlich des akademischen Grades, der Unterschied liegt in der längeren Regelstudienzeit des Diplom II-Studiums, in der wissenschaftliche Kenntnisse vertieft werden und insbesondere auf die Promotion vorbereitet wird.

Gerade in großen Unternehmen mit ausländischen Niederlassungen stehen die Chancen für einen internationalen Schwerpunkt gut.

In international ausgerichteten dualen Studiengängen mit Unterrichtssprache Englisch, wie etwa im Studiengang International Business Administration an der Berufsakademie Stuttgart, sind Auslandssemester fest eingeplant. Die binationale Wirtschaftsausbildung an der Berufsakademie Lörrach schließt gar mit einem Doppeldiplom ab. Die Studierenden verbringen mehrere Monate an einer französischen Hochschule und in ausländischen Partnerbetrieben. Am Ende erhalten sie den deutschen und den französischen Abschluss.

Voraussetzung für ein ausbildungsintegriertes Studium ist in der Regel die Fachhochschulreife oder das Abitur. An den Akademien wird allerdings überwiegend die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife für das anspruchsvolle dreijährige Akademiestudium erwartet. An den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien ist der Zugang ausschließlich mit Abitur möglich. Dagegen steht an einigen Universitäten der Zugang zu dualen Studiengängen auch mit der Fachhochschulreife offen.

Duale Studiengänge erfreuen sich bei den Schulabgängern großer Beliebtheit. Pro Studienplatz bewerben sich durchschnittlich 50 Jugendliche. Im Hinblick auf den langfristigen Trend zur Höherqualifizierung können ausbildungsintegrierte Studienangebote damit zu einer Erhöhung des Anteils an Hochschulabsolventen beitragen. Die über 6.000 Studierenden im dualen System, die an Fachhochschulen eingeschrieben sind, stellen allerdings nur rund 1 Prozent der Gesamtzahl aller FH-Studenten. Duale Studiengänge bieten Hochschulzugangsberechtigten eine praxisnahe Alternative zum akademischen, stark theoretisch orientierten Studium.

Der Bildungserfolg liegt in den Studienmodellen sehr hoch. An Berufsakademien liegt die Abbrecherquote deutlich unter 10 Prozent (Klein, 2003, 4) und für Unentschlossene bieten sie eine vorzeitige Ausstiegsmöglichkeit mit beruflichem Abschluss. Betriebsumfragen bescheinigen den Absolventen mit BA-Abschluss überdurchschnittlich gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Bereits vor zehn Jahren starteten mehr als 80 Prozent der BA-Absolventen unmittelbar nach dem Abschluss in eine reguläre Berufstätigkeit, während zur gleichen Zeit von den vergleichbaren Fachhochschul- und Universitätsabsolventen nur 50 bis 70 Prozent sofort einen festen Arbeitsplatz fanden (Zabeck/Zimmermann, 1995, 177). Inzwischen haben sich die Chancen auf einen Arbeitsplatz unmittelbar nach Ausbildungsende sogar auf 93 Prozent verbessert, wozu auch die hohe Übernahmequote im Ausbildungsbetrieb beiträgt. Rund 70 Prozent der BA-Absolventen bleiben nach dem Studium im ausbildenden Unternehmen (Klein, 2003, 14).

3.5 Fazit: Praxisnahe Ausbildung auf akademischem Niveau

In den vergangenen Jahren hat ein regelrechter Boom bei dualen Studienmodellen stattgefunden, die eine Berufsausbildung mit einem Studium verzahnen. In Deutschland gibt es inzwischen ein flächendeckendes Angebot, insbesondere von Berufsakademien und Fachhochschulen. Inhaltliche Schwerpunkte sind allgemeine und spezielle Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik.

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen kann zeitnah auf einen veränderten Qualifikationsbedarf reagiert werden, um bei Bedarf neue passgenaue Ausbildungsgänge zu entwickeln. Die Angebotsvielfalt und die engen Kontakte der Betriebe zu den Hochschulen und Akademien ermöglichen es, die Ausbildung an den aktuellen Arbeitsmarkterfordernissen auszurichten. Betriebe profitieren von praxisnah ausgebildeten Nachwuchsakademikern, denn ihnen stehen junge Absolventen zur Verfügung, die den Betriebsablauf bereits kennen und deshalb schneller verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen können.

Für die Auszubildenden ist das duale Studienmodell ebenfalls sehr attraktiv. Die enge inhaltliche und organisatorische Verzahnung von Ausbildung und Studium sowie die Finanzierung des Studiums durch den Ausbildungsbetrieb sparen Zeit und Geld. Die gesamte Ausbildungs- und Studiendauer verkürzt sich und die Absolventen stehen dem Arbeitsmarkt früher als hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Hieran zeigt sich die hohe bildungsökonomische Effizienz dieser Bildungsgänge.

Die Verknüpfung von theoretischem und praktischem Lernen fördert den Lernerfolg und die Motivation der Studierenden: Die an der Hochschule oder Akademie erworbenen fachwissenschaftlichen Kenntnisse können sie im Unternehmen anwenden und vertiefen. Gleichzeitig werden in der Praxis wichtige Schlüsselqualifikationen wie Problemlösungsfähigkeit und sozialkompetentes Verhalten trainiert, wodurch auch die berufliche Handlungskompetenz gestärkt wird.

4

Aktuelle Qualifikationstrends in der höherwertigen Berufsausbildung

Eine Auswertung der Zusatzqualifikationen und der dualen Studiengänge anhand der inhaltlichen Schwerpunkte in Verbindung mit deren institutioneller und organisatorischer Verankerung zeigt aktuelle Qualifikationstrends sowie Innovationen in der dualen Berufsausbildung auf.

4.1 Doppelqualifikation Berufsausbildung und Hochschulzugang

Traditionell gilt die duale Berufsausbildung als Einstieg in die mittleren Hierarchieebenen der betrieblichen Fachkräftepositionen. Wer höher hinaus wollte, hat sich nach der Schule für ein Studium entschieden. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbs um die besten Fachkräfte ist es aber notwendig, alle vorhandenen Bildungsressourcen auszuschöpfen und die Bildungszeiten zu verkürzen. Dazu gehört auch die Förderung von Fachkräften, die ihre Kenntnisse und Berufschancen über die berufliche Weiterbildung hinaus verbessern wollen. Die duale Ausbildung darf nicht zur Sackgasse für die Berufskarriere werden, sie muss vielmehr attraktive Aufstiegsmöglichkeiten im Beschäftigungssystem und Anknüpfungspunkte zur akademischen Weiterbildung bieten. Deshalb sollte die Entscheidung für eine duale Berufsausbildung die Perspektive beinhalten, jederzeit den eingeschlagenen Karriereweg revidieren oder ergänzen zu können, ohne Umwege über den oft zeitaufwendigen zweiten Bildungsweg machen zu müssen. Voraussetzung dafür sind die Anrechnung von beruflich erworbenen Kompetenzen auf die Hochschulzugangsberechtigung und transparente Übergangsmöglichkeiten zwischen Berufs- und Hochschulbildung (Abbildung 13).

Einen ersten Ansatz hierfür bildet die Verbindung von Ausbildungsabschluss und Zugangsberechtigungen für weiterführende schulische und berufliche Bildungsgänge. Diese Anschlussfähigkeit stellt eine Realoption der Ausbildung dar. Auf der niedrigsten Stufe ist der Berufsschulabschluss dem Hauptschulabschluss gleichwertig. Um den Hauptschulabschluss zu erlangen, müssen – unabhängig vom Ausgang der Kammerprüfung – die Abschlusssleistungen in der Berufsschule in allen Fächern mindestens den Anforderungen entsprechen, also ausreichend sein (KMK, 1997).¹⁰

Doppelqualifikation Berufs- Abbildung 13 bildung und Hochschulzugang: Stand und Perspektiven

zunehmende Gleichwertigkeit

Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen auf die Hochschulzugangsberechtigung

Anerkennung von Fortbildungsprüfungen als Hochschulzugangsberechtigung/
Hochschulzugangsprüfung für Berufspraktiker

Erwerb der Hochschulreife im Berufsbildungssystem
a) berufsbildende Vollzeitschulen
b) Ausbildung im dualen System

Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung über den zweiten Bildungsweg

Eigene Darstellung

¹⁰ In Berlin und Baden-Württemberg müssen Berufsschüler außerdem die achte Klasse einer allgemein bildenden Schule erfolgreich besucht haben. Alternativ können in Berlin die Sonderschule für Behinderte und in Baden-Württemberg die Förderschule abgeschlossen werden.

Wer vor Aufnahme der Ausbildung bereits über den Hauptschulabschluss verfügt, kann unter bestimmten Leistungsvoraussetzungen auch den Realschulabschluss respektive die Fachoberschulreife erlangen. Zusätzlich zu den Bedingungen, die beim Hauptschulabschluss gelten, muss hierfür zum einen die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen, also die Kammerprüfung bestanden werden, und zum anderen die durchschnittliche Abschlussnote in der Berufsschule 3,0 oder besser betragen.¹¹

Die Verknüpfung mit dem Hochschulzugang setzt aber erst auf der nächsthöheren Stufe an, wenn Auszubildende vor Lehrbeginn bereits über einen solchen mittleren Schulabschluss verfügen. Im Jahr 2003 besaßen bereits 36,6 Prozent der Ausbildungsanfänger einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss (Statistisches Bundesamt, 2004a, 34). Um für diese Gruppe, die inzwischen in einigen Regionen und Berufsfeldern sowie im öffentlichen Dienst und den freien Berufen über die Hälfte der Auszubildenden stellt, weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, wurden bereits in den siebziger Jahren Modelle entwickelt, die im Rahmen von so genannten doppelt qualifizierenden Bildungsgängen die Verzahnung von beruflichen und allgemein bildenden Qualifikationen vorsahen.¹² Durch diese Bildungsangebote, die sich gezielt an leistungsbereite Jugendliche wenden, soll das duale Berufsbildungssystem für Schulabgänger an Attraktivität gewinnen.

Vorreiter waren hier Pilotversuche an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Mitte der siebziger Jahre. Das duale Berufskolleg in Teilzeitform in Baden-Württemberg startete im Schuljahr 1975/76 einen Schulversuch, Nordrhein-Westfalen zog mit seinem Kollegschulversuch im Schuljahr 1977/78 nach. Hier wurden die Schüler durch die Anrechnung des originären berufsschulischen Unterrichts und über ergänzenden Unterricht zur Fachhochschulreifeprüfung geführt. Auch in anderen Bundesländern wurden auf der Grundlage von Modell- oder Schulversuchen diese doppelt qualifizierenden Bildungsgänge erprobt. Bereits 1970 hat eine nordrhein-westfälische Schule die Doppelqualifizierung für Auszubildende erstmals angeboten. Unabhängig vom

¹¹ In Bayern und Sachsen wird eine 2,5 oder eine bessere Durchschnittsnote gefordert. Die Auszubildenden müssen darüber hinaus den Nachweis von Englischkenntnissen im Umfang von 80 Unterrichtsstunden oder geeignete Äquivalente erbringen.

¹² Während die Allgemeinbildung bislang als Grundlage oder Vorstufe für die Berufsbildung galt, entwickelt sie sich heute zunehmend zu einem Bestandteil der beruflichen Bildung. Von insgesamt gut 1,1 Millionen Absolventen an beruflichen Schulen im Schuljahr 2002/2003 haben 239.000 Schüler oder 21,4 Prozent zusätzlich einen allgemein bildenden Schulabschluss gemacht (Statistisches Bundesamt, 2004b). Allerdings wird der Hauptschulabschluss ab 2003 im schülerreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht mehr ausgewiesen. Die (Fach-)Hochschulreife haben 12,2 Prozent aller Berufsschüler erworben, womit inzwischen jede dritte Hochschulzugangsberechtigung in beruflichen Schulen vergeben wird – vor allem an Fachoberschulen, Berufsfachschulen und Fachgymnasien. An Berufsschulen im dualen System erwarben hingegen nur insgesamt 5,8 Prozent einen Schulabschluss und nur verschwindend geringe 0,2 Prozent die Hochschulreife parallel zur Ausbildung.

Berufsschulunterricht besuchten die Auszubildenden die Fachoberschule in Teilzeitform am Abend. Es handelt sich also nicht um eine integrierte Form der Doppelqualifizierung wie im Kollegschulversuch.

Angesichts des zunehmenden Interesses an einer formalen Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung hat die Kultusministerkonferenz 1998 eine Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen getroffen. Damit wurde erst zu einem relativ späten Zeitpunkt die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse sichergestellt. Die Vereinbarung geht davon aus, dass berufliche Bildungsgänge in Abhängigkeit von den jeweiligen Bildungszielen und -inhalten sowie ihrer Dauer zu einer umfassenden Studierfähigkeit führen können. Denn in der Berufsausbildung werden den Auszubildenden nicht nur Fachkenntnisse und soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein vermittelt, sondern auch die für ein Fachhochschulstudium erforderlichen Lern- und Arbeitstechniken (KMK, 1999, 2).

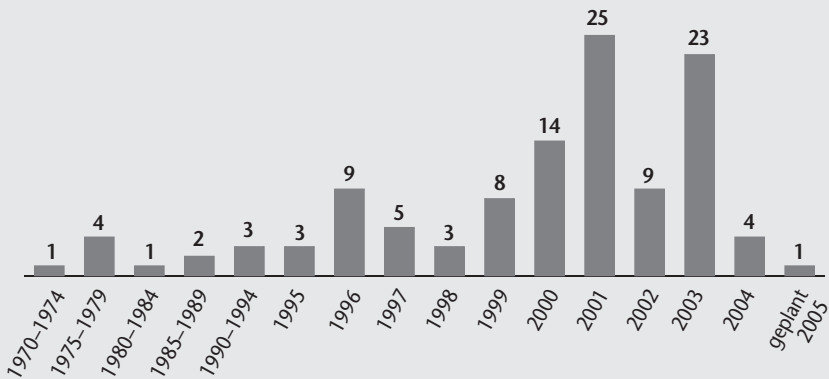
Die Umsetzung der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) erfolgt auf Länderebene. In den meisten Bundesländern wurden auf dieser Grundlage zwar inzwischen doppelt qualifizierende Bildungsgänge im dualen System eingeführt, allerdings verläuft die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich.¹³ Während in Nordrhein-Westfalen die Rechtsgrundlage für die Umsetzung bereits 1999 veröffentlicht wurde, gibt es dieses Angebot in Hessen erst seit dem Schuljahr 2002/2003. Bundesweit haben rund 90 Berufsschulen nach 1998 diese Bildungsangebote für Auszubildende neu eingeführt (Abbildung 14). Damit entfallen drei Viertel der bestehenden Angebote auf Neuentwicklungen. Derzeit nehmen rund 4.700 Auszubildende in 140 Berufsschulen an solchen doppelt qualifizierenden Bildungsgängen teil.

Diese Zahl zeigt, dass noch große Entwicklungsmöglichkeiten bestehen, um das Angebot weiter zu verbreitern und zu verbessern. Denn im Jahr 2003 gab es in Deutschland mit 208.840 Realschulabsolventen, die eine Ausbildung im dualen System begonnen haben (Statistisches Bundesamt, 2004a, 34), ein bedeutendes Potenzial an möglichen Teilnehmern. Die Doppelqualifikation hat somit längst noch nicht die Verbreitung gefunden, die ihr aus Gründen der zeitökonomischen Effizienz zustehen könnte. Der hohe Anteil an Mehrfachqualifikationen im Sekundarbereich II erhöht in Deutschland das Eintrittsalter in den Arbeitsmarkt (Klös/Weiß, 2003, 370). Der ausbildungsbegleitende Erwerb der Fachhochschulreife verkürzt die Bildungszeiten, wird aber noch wenig genutzt.

¹³ So setzen die Länder diese vornehmlich an Berufsfachschulen oder Berufsoberschulen, hingegen kaum an Berufsschulen im Rahmen des dualen Systems um.

Doppelt qualifizierende Ausbildungsgänge nach Einführungsjahr

Abbildung 14



Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Die KMK-Vereinbarung gibt auf der inhaltlichen Ebene verbindliche Kriterien für alle Modelle zur Vermittlung der Fachhochschulreife vor. Allen Angeboten gemeinsam ist, dass die zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben jeweils 240 Stunden im sprachlichen sowie im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich und mindestens 80 Stunden im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich einschließlich wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte umfassen sollen. Daher erhalten alle Berufsschüler zusätzlichen Differenzierungsunterricht, der über die üblichen Inhalte und auch Zeitvorgaben des Rahmenlehrplans für den jeweiligen Ausbildungsberuf hinausgeht. Für die organisatorische Umsetzung dieser KMK-Vorgaben haben die einzelnen Länder allerdings sehr unterschiedliche Wege gefunden.

Ein Viertel der Angebote setzt die Fachhochschulreife im Rahmen des regulären Berufsschulunterrichts um. Dazu wird der schulische Teil der dualen Ausbildung um die Inhalte der allgemein bildenden Fächer auf Fachoberschulniveau ergänzt. Dies sind meist auf einzelne Ausbildungsberufe zugeschnittene Angebote. Die vorgegebenen Inhalte werden teilweise in den Fachunterricht integriert. Darüber hinaus sind jedoch zusätzliche Unterrichtseinheiten erforderlich, die auch außerhalb der üblichen Berufsschulzeiten liegen können. Zeitprobleme erfordern hier, den Unterricht teilweise abends oder am Wochenende abzuhalten.

Rund zwei Drittel der Angebote sehen hingegen für den Erwerb der Fachhochschulreife zusätzlichen Unterricht ausschließlich nachmittags, abends oder

samstags vor.¹⁴ In der Regel nehmen an diesem Unterricht Auszubildende aus verschiedenen Fachklassen und Ausbildungsberufen teil, weshalb der reguläre Berufsschulunterricht kaum oder nicht verändert werden kann. Die Beschulung außerhalb der üblichen Berufsschulzeiten ist häufig auf organisatorische Probleme zurückzuführen. Die Berufsschulen finden keine gemeinsamen Termine für Auszubildende aus verschiedenen Berufen und Betrieben.

Die restlichen Angebote entfallen auf organisatorische Sonderformen in einigen Bundesländern. So wird in Bayern die Fachhochschulreife in Kooperation mit Fachoberschulen angeboten. Die Doppelqualifikation dauert drei Jahre und gliedert sich in zwei Ausbildungsabschnitte. Der erste verkürzte Ausbildungsabschnitt dauert zweieinhalb Jahre und endet mit der Facharbeiterprüfung vor der Kammer. Der zweite Ausbildungsabschnitt findet an der Fachoberschule statt und dauert ein halbes Jahr, in dem die Auszubildenden Vollzeitunterricht zur Vorbereitung auf die Fachhochschulreifeprüfung erhalten. Ein ähnliches Angebot gibt es in Rheinland-Pfalz. Hier erfolgt die Doppelqualifizierung in der dualen Oberschule. Im ersten Ausbildungsabschnitt im dualen System erhalten die Schüler Teilzeitunterricht im Bildungsgang der Dualen Oberschule. Der anschließende einjährige zweite Ausbildungsabschnitt erfolgt an der Oberschule in Vollzeitform und führt zum Abschluss der Fachhochschulreife oder fachgebundenen Hochschulreife. Im Saarland erfolgt die parallele Vermittlung von allgemein bildenden und beruflichen Kompetenzen im doppelprofilierenden Bildungsgang am Gymnasium. Den Schülern wird eine berufliche Teilqualifikation vermittelt, die ausgewählte Theorieanteile einer nachfolgenden Berufsausbildung beinhaltet. Voraussetzung für eine vollständige Berufsqualifikation ist eine praktische Ausbildung am Lernort Betrieb nach dem Schulabschluss. In ihrer Lehrzeit besuchen sie auch die Berufsschule, allerdings können sie ihre Ausbildung um bis zu 18 Monate verkürzen, so dass sie aufgrund des doppelprofilierenden Bildungsgangs ein halbes Jahr Ausbildungszeit einsparen können.

In den unterschiedlichen Organisationsformen variiert die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden, an denen die Auszubildenden zusätzlich teilnehmen, zwischen vier und 18 Stunden. Die Gesamtdauer für den ausbildungsbegleitenden Erwerb der Fachhochschulreife liegt deshalb zwischen zwei und dreieinhalb Jahren. Für die Auszubildenden bedeutet die Doppelqualifikation meist eine

¹⁴ Fast alle Bildungsgänge sind auf den Erwerb der Fachhochschulreife ausgerichtet. Bislang gibt es lediglich ein Angebot für die Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife parallel zur Berufsausbildung: In einem Schulversuch des Landesinstituts Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung werden die Lernziele der Berufsschule und der allgemeinen Hochschulreife in integrativer Form vermittelt. Gegenwärtig nehmen 16 Auszubildende an dem Schulversuch teil, der während einer vierjährigen Laufzeit bis August 2005 erprobt wird. Ein ähnliches Angebot ist in Thüringen für das nächste Jahr geplant.

hohe zeitliche Belastung. Abhilfe kann eine Entzerrung der Prüfung schaffen. So haben die Auszubildenden in Bayern eine sechsmonatige Vorbereitungsphase auf die Fachhochschulreifeprüfung. Dennoch kann die hohe Doppelbelastung Auszubildende überfordern oder gar im Vorfeld abschrecken. Mangelnde Nachfrage behindert daher nicht nur eine Ausweitung der doppelt qualifizierenden Bildungsgänge auf weitere Berufsgruppen, sondern kann sogar zur Einstellung von Angeboten führen. In Sachsen werden deshalb jetzt von ehemals drei Standorten zwei aufgegeben.

Teilweise kritisch sehen die Betriebe die Doppelqualifikation. Sie haben vor allem Probleme mit dem Verlust ihres Fachkräftenachwuchses, wenn dieser nach der Doppelqualifikation ein Fachhochschulstudium aufnimmt. In solchen Fällen – rund jeder zehnte Ausbildungsabsolvent verlässt den Ausbildungsbetrieb trotz Übernahmeangebot (Plünnecke/Werner, 2004, 7) – bleibt der Betrieb auf seinen Ausbildungskosten sitzen. Eine Lösung kann hier das vermehrte Angebot berufsintegrierender Studiengänge sein. Diese bieten eine Möglichkeit für berufsbegleitende Weiterbildung auf akademischem Niveau. Hier gilt es, die Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung durch die Anrechnung von Qualifikationen und eine Modularisierung sowie durch Vorkehrungen gegen Abwerbung durch andere Unternehmen auch im weiteren Verlauf des Berufslebens zu fördern. So können Mehrfachqualifikationen vermieden werden und die Fachkräfte gehen den Unternehmen nicht verloren. Denn der Bedarf an sowohl praktisch als auch theoretisch qualifizierten Fachkräften dürfte in Zukunft weiter steigen. Für eine hohe Lernfähigkeit bei der berufsbegleitenden Weiterbildung stellen allgemein bildende Inhalte sowie fachübergreifende Qualifikationen eine wichtige Grundlage dar.

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung begründet sich demnach nicht durch identische Unterrichtsinhalte, sondern durch äquivalente Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Sinne einer umfassenden Handlungskompetenz vermittelt werden sollen. Allgemein bildende Lernziele und berufliches Erfahrungslernen werden im Sinne der Ganzheitlichkeit des Lernens miteinander verknüpft. Dazu werden teilintegrative Lehrpläne mit fächerübergreifenden beruflichen und allgemein bildenden Lehrinhalten entwickelt. Die doppelt qualifizierenden Bildungsgänge stellen also auch curricular eine Verknüpfung zwischen beruflichen und allgemein bildenden Inhalten her (Landesinstitut für Schule, 2004, 6 f.).

Mittelfristig soll über solche speziell entwickelten Bildungsgänge hinaus generell die Anerkennung von Qualifikationen aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung den Weg in ein Studium erleichtern (Kommission, 2003a, 5; vgl.

auch Abbildung 13). Jugendliche, die nach der Schule eine praxisorientierte Berufsausbildung dem wissenschaftlichen Studium vorziehen, könnten sich dann ihre Fachkompetenzen und Berufserfahrung anrechnen lassen und sind nicht mehr auf Karrierewege im Berufsbildungssystem beschränkt (siehe Kapitel 5.3).

4.2 Verzahnung von Aus- und Weiterbildung

Die Berufsausbildung soll auch auf das lebenslange Lernen und auf sich verändernde Anforderungen im Erwerbsleben vorbereiten. Um die Beschäftigungsfähigkeit in einem Umfeld des wirtschaftlichen Wandels dauerhaft zu sichern, sind die beruflichen Kompetenzen immer wieder zu aktualisieren und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig sollten Absolventen einer betrieblichen Ausbildung Perspektiven für die berufliche Entwicklung erhalten. Zusatzqualifikationen leisten hier einen wichtigen Beitrag, indem sie zu einer engeren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung beitragen. Jugendliche legen damit bereits in der Ausbildung den Grundstein für den Einstieg ins lebenslange Lernen (Abbildung 15).

Basis der Durchlässigkeit sowie der Anschlussfähigkeit innerhalb der Berufsbildung ist die so genannte Realoption der Ausbildung – in Verbindung mit einer zumeist ebenfalls geforderten mehrjährigen Berufserfahrung – als Voraussetzung zur Teilnahme an anerkannten Fortbildungsprüfungen. Dies wird insbesondere durch in fast allen Berufsfeldern vorhandene Möglichkeiten zur Aufstiegsfortbildung gesichert.

Eine engere Verzahnung und unmittelbare Anschlussfähigkeit wird erzielt, wenn über Zusatzqualifikationen bereits während der Ausbildung Inhalte und Fertigkeiten vermittelt werden, die teilweise auf aufbauende Weiterbildungsgänge oder anerkannte Fortbildungen anrechenbar sind oder diese gar ganz beinhalten. Zunehmend mehr Betriebe eröffnen ihren Auszubildenden mit diesen Angeboten zusätzliche Karrierewege und rekrutieren so angehende Nachwuchskräfte auch für das mittlere Management. Nach den im Projekt AusbildungPlus vorliegenden

Verzahnung von Aus- und Weiterbildung: Stand und Perspektiven

Abbildung 15

zunehmende Verzahnung

Akkumulation von Qualifikationen in der Aus- und Weiterbildung durch ein Leistungspunktesystem

Vermittlung von anerkannten Fortbildungsabschlüssen in der Ausbildung

Anrechnung von Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung auf aufbauende Weiterbildungsgänge

Ausbildungsabschluss und Berufspraxis als Voraussetzung für anerkannte Fortbildungsgänge

Eigene Darstellung

Informationen gibt es bereits 169 Modelle, in denen über 6.300 Auszubildende auf traditionelle Fortbildungsprüfungen vorbereitet werden (Tabelle 7).

Verzahnung von Ausbildung und anerkannter Fortbildung

Tabelle 7

Nr.	Zusatzqualifikation (anerkannte Fortbildung)	Modelle	Angebote	Auszubildende
1.	Betriebsassistent im Handwerk (Management im Handwerk, Technischer Betriebswirt im Handwerk, Technischer Fachwirt, Fachkaufmann Handwerkswirtschaft)	81	401	2.979
2.	Handelsassistent (IHK)/Handelsfachwirt	25	530	1.509
3.	Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten	24	126	557
4.	Geprüfter Versicherungsfachwirt (IHK)	1	k. A.	400
5.	Fremdsprachenkorrespondent	11	19	300
6.	Meister und Diplom (Rostocker Modell)	1	23	100
7.	Staatlich geprüfter Betriebswirt	6	19	98
8.	Fachkaufmann für Büromanagement	1	1	65
9.	Ausbildereignungsprüfung	3	4	54
10.	PC-Fachkraft für Netzwerke und Online-Dienste	1	4	49
11.	Kraftfahrzeug-Servicetechniker	4	18	48
12.	Fremdsprache im Beruf Stufe II (entspricht sprachlich dem Fremdsprachenkorrespondenten)	2	121	41
13.	Kaufmännischer Fachwirt	3	13	41
14.	Meister für Abiturienten	1	32	30
15.	Verwaltungsangestellter	1	4	20
16.	Barmixer/Barkeeper	1	12	15
17.	CNC-Fachkraft	2	5	15
18.	SPS-Fachkraft	1	k. A.	6
Insgesamt		169	1.332	6.327

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Ein Beispiel für die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung ist der Betriebsassistent im Handwerk. Dort werden den Lehrlingen bereits während der Ausbildung betriebswirtschaftliche Inhalte sowie Managementqualifikationen vermittelt. Diese orientieren sich an der Fortbildung zum Fachkaufmann Handwerkswirtschaft. Zusätzlich kann der Abschluss als Teil III, wenn die Ausbildungereignungsprüfung in der Zusatzqualifikation enthalten ist, auch als Teil IV der Meisterprüfung anerkannt werden. Einen Schritt weiter geht das Angebot der Bundesfachschule Metallhandwerk in Northeim. Abiturienten haben dort die Möglichkeit, in dreieinhalb Jahren zuerst die Gesellen- und dann die Meisterprüfung abzulegen.

Übergänge zwischen Aus- und Weiterbildung eröffnen sich insbesondere für Auszubildende mit (Fach-)Hochschulreife. Dies belegen auch zahlreiche duale Studiengänge mit integrierter Aus- und Fortbildung. So können Auszubildende an Berufsakademien in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sowie an mehreren Fachhochschulen auch die Ausbildereignungsprüfung ablegen. An der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Rheinland-Pfalz erwerben die Auszubildenden durch zusätzlichen Fremdsprachenunterricht und einen Auslandsaufenthalt die Befähigung, an der IHK-Prüfung für Fremdsprachenkorrespondenten teilzunehmen, und die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel vermittelt im ausbildungsintegrierten Studiengang Versorgungstechnik im Praxisverbund zusätzlich die Inhalte der Meisterausbildung Teil III und IV.

Auch Branchen- oder Berufsverbände bieten Auszubildenden die Gelegenheit, an verbandsinternen Fortbildungen bereits während der Ausbildung teilzunehmen. Angehende Automobilkaufleute etwa können sich beim Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeughandwerks zum zertifizierten Automobilverkäufer weiterbilden lassen.

In ganz besonderer Form verknüpft das Rostocker Modell Aus-, Weiterbildung und Hochschulstudium: Es richtet sich an Auszubildende mit Realschulabschluss, die in der ersten Phase des integrativen Aus- und Fortbildungsmodells neben ihrem Ausbildungsabschluss in einem industriellen oder handwerklichen Metallberuf die Fachhochschulreife und eine zertifizierte Zusatzqualifikation (zum Beispiel Qualitätsmanagement) erwerben. Unmittelbar im Anschluss an die duale Berufsausbildung wird in einer tertiären Bildungsmaßnahme sowohl der akademische Berufsabschluss eines Diplom-Wirtschaftsingenieurs (FH) als auch der Meisterabschluss erlangt. Dabei wird das erfolgreich abgeschlossene Grundstudium auf den Meisterabschluss angerechnet.

Nicht immer werden alle Fortbildungsinhalte während der Ausbildung vermittelt. Zusatzqualifikationen können nach Abschluss der Ausbildung auch auf anerkannte Fortbildungsabschlüsse angerechnet werden. So wird das Modul Qualitätssicherung in der Produktion, das im Rahmen des Modellprojekts „Entwicklung neuer Industriekarrieren“ (ENIK) entwickelt wurde, im Anschluss an die Ausbildung auf die Fortbildung zur Fachkraft (IHK) für Qualitätsmanagement angerechnet. Voraussetzung für eine Anerkennung ist eine Vereinbarung mit der zuständigen Kammer über die Inhalte der Zusatzqualifikation. Solche Absprachen zwischen Anbietern und Kammern lassen sich nicht ohne weiteres auf andere Kammerbezirke übertragen. Zertifikate, die keinen exakten Aufschluss über die Kompetenzen geben, über die Auszubildende nach Abschluss der Zusatzqualifikation verfügen sollen, werden von anderen Kammern in der Regel nur nach

Einzelfallprüfung auf die entsprechende Fortbildung angerechnet. Dies betrifft insbesondere Zusatzqualifikationen, die den spezifischen regionalen Bedarf abbilden und deshalb nicht bundeseinheitlich vermittelt werden.

Betriebe signalisieren insgesamt hohen Bedarf an einer engeren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung, um berufliche Perspektiven für Nachwuchskräfte und Beschäftigte bieten zu können. So votierten 56 Prozent der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Jahr 2002 befragten 633 Betriebe für die Einrichtung eines modularen Gesamtsystems der Aus- und Weiterbildung, während nur 9 Prozent dies ablehnten (Werner, 2002, 37). In einer Kurzumfrage von AusbildungPlus unter 254 Ausbildungsbetrieben ein Jahr später haben 86 Prozent angegeben, dass sie eine engere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung für wichtig halten, um die Zukunftsfähigkeit und Qualität der Berufsbildung zu erhöhen.

Für die Unternehmen stehen dabei die Inhalte und ihre praktische Anwendung im Vordergrund, während der formale Weiterbildungsabschluss eher für die Auszubildenden wichtig ist, da er ihre Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt transparent und breiter verwertbar macht. Einige Unternehmen entwickeln deshalb unternehmensspezifische Weiterbildungsprogramme, die sich inhaltlich an den anerkannten Fortbildungen orientieren, aber konkret auf die betrieblichen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Weiterbildungen schließen nicht mit einer anerkannten Kammerprüfung ab, sondern werden betriebsintern geprüft. Als Anreiz für ihre Nachwuchskräfte bieten die Betriebe häufig die Möglichkeit, über das unternehmenseigene Weiterbildungsprogramm bis in Führungspositionen vorzustoßen.

Ein Beispiel für den Trend zur selbstorganisierten Weiterbildung ist, dass parallel zur Fortbildung zum Handelsassistenten dazu äquivalente betriebliche Zusatzqualifikationen angeboten werden. Auszubildende im Einzelhandel werden zu mittleren Führungskräften mit breitem, praxisbezogenem Wissen qualifiziert. An 25 Berufsschulen, Kammern und Bildungszentren werden über 1.500 Jugendliche zum Geprüften Handelsassistent (IHK) ausgebildet. Gleichzeitig werden in zwölf unternehmens- oder brancheninternen Angeboten fast 700 Auszubildende zu Abteilungsleiter-, Führungs- oder Handelsassistenten geschult.

Insgesamt sind derzeit fast 1.800 Angebote bekannt, die eine anerkannte Fortbildung während der Ausbildung vermitteln oder auf aufbauende Weiterbildungsgänge anrechenbar sind. Über 8.000 Auszubildende werden so qualifiziert (Tabelle 8).

Die angeführten Beispiele belegen, dass Zusatzqualifikationen die Durchlässigkeit innerhalb der Berufsbildung erhöhen. Sie ermöglichen es, die Verbindung von Aus- und Weiterbildung flexibel zu gestalten. So wird die mehrjährige Berufserfahrung, die häufig für einen Fortbildungsabschluss vorausgesetzt wird, von Auszubildenden nicht verlangt. Trotz des inzwischen vorhandenen breiten

Angebotsspektrums bieten sich hier noch jede Menge Nutzungspotenziale. Bislang beinhalten 17 Prozent der angebotenen Zusatzqualifikationen einen Weiterbildungsabschluss oder sind auf eine anerkannte Fortbildung anrechenbar. Eine flächendeckende Verbreitung der Bildungsgänge ist häufig nicht möglich,

wenn die Anerkennung auf Einzelvereinbarungen zwischen dem jeweiligen Anbieter und der zuständigen Kammer beruht. Um eine bundesweite Anrechnung zu erleichtern, ist eine anerkannte Zertifizierung der Zusatzqualifikationen notwendig. Hier firmieren nach wie vor zahlreiche Maßnahmen gleichen Inhalts unter verschiedenen Bezeichnungen, oder unter demselben Titel verbergen sich abweichende Qualifizierungskonzepte.

Strukturen der Verzahnung von Aus- und Weiterbildung

Tabelle 8

Zusatzqualifikationen in der Ausbildung	Modelle	Angebote	Auszubildende
Anerkannte Weiterbildung	169	1.332	6.327
Teile anerkannter Weiterbildung	32	257	1.026
Betriebs- oder brancheninterne Weiterbildung	19	208	929
Insgesamt	220	1.797	8.282

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

4.3 Verknüpfung von Berufs- und Hochschulbildung

In der Wirtschaft steigt der Bedarf an praxisnah ausgebildeten Akademikern. Auf die sich verändernden Qualifikationsanforderungen der Unternehmen reagieren Akademien und Hochschulen mit der Erweiterung ihres Angebots an ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen. Diesen Angeboten liegt die Idee zugrunde, das duale Ausbildungsprinzip auf den tertiären Bildungsbereich zu übertragen.

Ausbildungsintegrierte Studiengänge führen zu einer stärkeren inhaltlichen Verzahnung von Berufs- und Hochschulbildung. Grundlage dafür ist eine intensive Abstimmung von Praxis- und Studienphasen. Duale Studiengänge sind häufig durch die Verknüpfung oder Übertragung der Ausbildungsinhalte in der Berufsschule auf Lehrinhalte an der Hochschule gekennzeichnet. Gleichzeitig sind die Praxisphasen fester Bestandteil des Studiums. Der Grad der Integration von Theorie und Praxis und damit der Verzahnung von Berufs- und Hochschulbildung unterscheidet sich aber bei den verschiedenen Studienmodellen vor allem hinsichtlich der folgenden Merkmale:

- Organisation der Lehre;
- Bezug zwischen berufsschulischen und hochschulischen Inhalten;
- Abstimmung von Theorie- und Praxisphasen.

Drei Viertel der Anbieter von dualen Studiengängen haben für Studierende, die parallel zum Studium eine Ausbildung absolvieren, ein eigenes Studienmodell entwickelt – teilweise zusätzlich zum bestehenden grundständigen oder berufs begleitenden Studium. Die Abiturientenausbildung an Berufsakademien und viele Angebote an Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien richten sich ausschließlich an Studierende im dualen System. Hier werden gesonderte Lehrveranstaltungen angeboten, die zeitlich und inhaltlich mit den Praxisphasen abgestimmt sind. An den Hochschulen kommen die ausbildungsintegrierten dualen Studiengänge hingegen meist zum bereits bestehenden grundständigen Studienangebot hinzu. Die Studierenden im dualen System nehmen dort in der Regel an den regulären Lehrveranstaltungen für Vollzeitstudierende teil. Zwei von drei Hochschulen bieten kein gesondertes Studienmodell für das ausbildungsintegrierte Studium an, insbesondere die staatlichen Hochschulen nutzen hier schon vorhandene Ressourcen. Doch auch innerhalb dieser Studienmodelle findet eine gemeinsame Abstimmung der Inhalte mit den Unternehmen statt.

Generell sind die Entwicklung und das Angebot gesonderter Lehrveranstaltungen zu präferieren, da dadurch sowohl die inhaltliche als auch die organisatorische Verzahnung von Ausbildung und Studium gefördert wird. Darüber hinaus wird ein kontinuierlicher inhaltlicher Austauschprozess zwischen Hochschule und Unternehmen gefördert, der auch eine flexiblere Anpassung der Lehrinhalte an veränderte Bedingungen ermöglicht. Daher entsprechen neu entwickelte Studienmodelle stärker der dualen Verzahnung.

Die Verzahnung von Ausbildung und Studium in einem dualen Studiengang bedeutet dabei nicht eine bloße Addition von Lehrinhalten, sondern beinhaltet eine gegenseitige Anerkennung von erbrachten Leistungen oder Praxiserfahrungen. Lehrinhalte an Berufs- und Hochschule, die sich entsprechen, können in einem integrativen Konzept angerechnet werden. Bei zwei Dritteln der ausbildungsintegrierten Studienmodelle findet kein Berufsschulunterricht statt. Die Vorbereitung der Studierenden auf die Kammerprüfung im Ausbildungsberuf erfolgt hier im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Hochschule oder Akademie. Teilweise erhalten die Studierenden dort zusätzlich prüfungsvorbereitende Extrakurse. Wenn die Teilnahme an der Berufsabschlussprüfung optional vorgesehen ist, werden die im Studium erlernten Inhalte für die Externenprüfung vor der Kammer anerkannt.

Bei einem Drittel der dualen Studiengänge wird der Berufsschulunterricht zusätzlich zu den hochschulischen Lehrveranstaltungen angeboten. In diesen Modellen tritt als dritter Lernort die Berufsschule hinzu, an der entsprechend den Rahmenlehrplänen im Ausbildungsberuf unterrichtet wird. In der Regel

liegt in diesen Modellen keine inhaltliche Abstimmung der Lehrinhalte vor. Eine Ausnahme bildet das Triale Modell der Fachhochschule Westküste in Heide. Die als Modellversuch der Bund-Länder-Kommission (BLK) geförderte Ausbildung liefert ein gutes Beispiel für eine enge Verzahnung der verschiedenen Lernorte. Das Niveau des Berufsschulunterrichts wird in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule angehoben, so dass entsprechende Ausbildungselemente für das Studium anrechenbar werden. Während der auf zwei Jahre verkürzten Berufsausbildung wird der Berufsschulunterricht durch Lehrveranstaltungen aus dem ersten und zweiten Semester des BWL-Studiums ergänzt. Der zusätzliche Unterricht findet während der Blockunterrichtszeit statt und wird von Dozenten der Fachhochschule vorgenommen. Die theoriebezogenen Lehrinhalte der Berufsschule werden bei Studienbeginn von der Hochschule anerkannt, so dass die Teilnehmer direkt ins dritte Fachsemester des Studiums aufgenommen werden können.

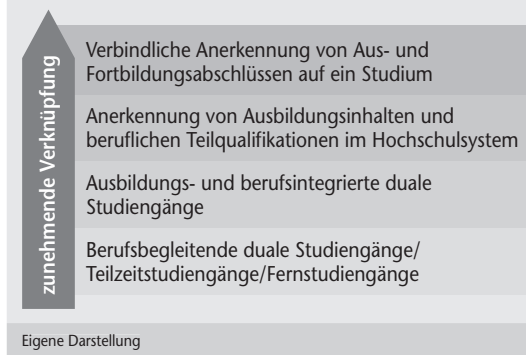
Über die Abstimmung der Lehrinhalte an Berufs- und Hochschulen oder Akademien hinaus spielt die inhaltliche und organisatorische Verknüpfung von Theorie und Praxis eine entscheidende Rolle. Hierfür gibt es vielfältige Möglichkeiten. An Berufsakademien in Baden-Württemberg sind die Lernorte Betrieb und Akademie eng miteinander verbunden. Die Ausbildungspläne für die betriebliche Praxis orientieren sich an Rahmenkonzepten, die mit der Hochschule abgestimmt sind. Mehrwöchige Theorie- und Praxisphasen wechseln sich ab und ermöglichen anwendungsorientiertes Lernen und die koordinierte Umsetzung von theoretischem Wissen im praktischen Arbeitsprozess. Dieses alternierende Modell wird auch an den meisten anderen Berufsakademien angewendet. Allerdings gibt es Unterschiede in der Tiefe der inhaltlichen Verzahnung sowie bei der Dauer und Wechselhäufigkeit von Theorie- und Praxisphasen. Auch einige Fachhochschulen organisieren Theorie und Praxis im kontinuierlichen Wechsel.

Bei anderen Modellen werden praktische Ausbildung und Hochschulstudium nacheinander durchgeführt. Zwar bleiben die Studierenden dem Unternehmen in der Regel auch nach ihrem Berufsabschluss treu, beispielsweise in den Semesterferien oder während eines Praxissemesters, dennoch ist der Grad der Verzahnung von Berufspraxis und Studium in der Regel niedriger. Die Ausbildungszeit beginnt in diesen konsekutiven Modellen mit einem bis zu 18 Monate dauernden Vorpraktikum oder betrieblichen Einsatz. Danach schließt sich ein Vollzeitstudium an. Weitere praktische Einsätze sowie die Vorbereitung auf die Berufsabschlussprüfung können in den Semesterferien, in einem Praxissemester oder in Teilzeit an einem Tag pro Woche erfolgen. Vor allem an Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien finden die Vorlesungen häufig abends und samstags statt, so dass das Studium nicht mit der betrieblichen Ausbildungszeit kollidiert.

Eine zu geringe inhaltliche Verzahnung – insbesondere zwischen Theorie- und Praxisphasen – und eine zu starke Konzentration auf die rein organisatorische Verknüpfung von Ausbildung und Studium ist ein gelegentlich geäußelter Kritikpunkt an dualen Studiengängen. Dabei ist relativ unstreitig, dass hinsichtlich der inhaltlichen Abstimmung zwischen Betrieb und Hochschule bislang häufig noch nicht alle Potenziale des dualen Studiums ausgeschöpft werden (BLK, 2003, 5; Konegen-Grenier/Werner, 2001, 22). Dennoch liefern ausbildungsintegrierte duale Studiengänge umfangreiche Ansatzpunkte und Hinweise für eine Tertiarisierung und höhere Durchlässigkeit der Berufsbildung. Sie stellen einen weiteren Schritt zur verbindlichen Anerkennung von beruflich erworbenen Qualifikationen in der Hochschulbildung dar (Abbildung 16).

Verknüpfung von Berufsbildung und Studium: Stand und Perspektiven

Abbildung 16



Während die berufsbe- gleitenden dualen Studien- gänge die Aufgabe der or- ganisatorischen, inhaltli- chen und zeitlichen Ver- knüpfung von Beruf und Studium den einzelnen Stu- dierenden oder Beschäf- tigten überlassen, setzen ausbildungs- und berufs- integrierte duale Studien- gänge dagegen bei einer Kooperation zwischen den beteiligten Hochschulen und Unternehmen an. Erst

ab dieser Stufe kann von einer echten Verknüpfung von Berufsausbildung oder Berufstätigkeit und Hochschulausbildung die Rede sein.

Dabei kommt es darauf an, das Angebot weiter auszubauen, um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen. Insbesondere staatliche Hochschulen müssen sich stärker der Kooperation mit der Praxis öffnen. Während an staatlichen Fachhochschulen dieser Trend bereits deutlich zu erkennen ist, beteiligen sich Universitäten bislang nur sehr zögerlich.

4.4 Internationalisierung der Berufsausbildung

Für Deutschland als Exportnation ist der Außenhandel ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft hat dabei auch veränderte Anforderungen an die Beschäftigten zur Folge. Für

die Pflege internationaler Geschäftsbeziehungen sind vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung Fremdsprachenkenntnisse und internationale Kompetenzen unerlässlich.

Gerade von der jüngeren Generation wird hier eine hohe Lernbereitschaft erwartet. Denn die Fremdsprachennutzung beschränkt sich heute nicht mehr nur auf Führungskräfte, sondern wird zunehmend auch von Fachkräften erwartet. In der IW-Umfrage zu Ausbildung und Beschäftigung 2000 haben die befragten Unternehmen angegeben, dass aus ihrer Sicht über die Hälfte aller Fachkräfte Englischkenntnisse benötigt (Lenske/Werner, 2000, 37). In kaufmännischen Berufen sind Englischkenntnisse sogar für drei Viertel der Unternehmen sehr wichtig oder wichtig.

Fremdsprachenkenntnisse und Auslandserfahrungen werden bei Nachwuchskräften immer häufiger erwartet, stellen sie doch die grundlegenden Voraussetzungen für internationale Berufskompetenz dar. Europäisierung und Globalisierung erhöhen in der Folge den Bedarf an der Vermittlung internationaler Kompetenzen auch in der Berufsbildung. Hoher Fremdsprachenbedarf besteht vor allem im Dienstleistungsbereich, insbesondere in der Hotel- und Gastronomiebranche (Tucci/Wagner, 2003, 9). Entsprechend werden im Rahmen der Neuordnung von Ausbildungsberufen zunehmend auch fremdsprachliche Basisqualifikationen in die Ausbildungsordnung aufgenommen.¹⁵

In Berufsschulen im dualen System hat allerdings im Schuljahr 2003/2004 lediglich knapp ein Viertel der Auszubildenden regulär Fremdsprachenunterricht erhalten, wobei die Anteilswerte zwischen 10 und gut 76 Prozent in den einzelnen Bundesländern schwanken (Statistisches Bundesamt, 2004b). Immer mehr Auszubildende nehmen jedoch während der Berufsausbildung Zusatzangebote wahr, in denen internationale Qualifikationen vermittelt werden.

Um diesen Trend zu fördern und die internationale Berufskompetenz von Auszubildenden gezielt zu vertiefen, werden in zahlreichen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen über das reguläre Ausbildungsprogramm hinaus internationale Qualifikationen angeboten. Zu diesem Thema sind gegenwärtig über 4.300 Zusatzqualifikationen, an denen mehr als 27.000 Auszubildende teilnehmen, in der Datenbank AusbildungPlus erfasst (Tabelle 9). Dazu zählen erstens Angebote zum Fremdspracherwerb, zweitens bi- und internationale Austauschprogramme, die in der Regel auch fremdsprachlichen Unterricht zur Vorbereitung auf den Auslandsaufenthalt enthalten, sowie drittens Angebote, die eine umfassende internationale Qualifizierung durch die Kombination internationaler Wirtschaftskennnisse mit Fremdsprachenunterricht und einem Auslandsaufenthalt beinhalten.

¹⁵ Ein Beispiel ist die Ausbildungsordnung zum Reiseverkehrskaufmann aus dem Jahr 1998, die derzeit modernisiert wird und noch 2005 erlassen werden soll.

Zusatzqualifikationen zur Verbesserung der internationalen Kompetenz

Tabelle 9

	Modelle	Angebote	Auszubildende
Fremdsprachen	445	1.122	13.956
Auslandspraktika/ internationale Erfahrungen	63	2.556	11.524
Umfangreiche internationale Qualifizierungsprogramme	53	683	1.835
Insgesamt	561	4.361	27.315

Quelle: www.ausbildung-plus.de (Stand: August 2004)

Die Auszubildenden lernen vor allem Englisch, häufig mit dem Schwerpunkt auf berufs- und branchenspezifischem Vokabular. Außerdem werden Kurse in den gängigen europäischen Sprachen wie Französisch, Spanisch und Italienisch sowie in weniger gebräuchlichen Fremdsprachen

wie etwa Japanisch angeboten. Für Auszubildende bestehen zahlreiche und differenzierte Möglichkeiten, sich diese erworbenen Fremdsprachenkenntnisse bescheinigen zu lassen. Voraussetzung dafür ist in der Regel die Teilnahme an einer schriftlichen und mündlichen Sprachprüfung. Berufsschulen stellen häufig das anerkannte KMK-Fremdsprachenzertifikat aus; Kammern bieten spezielle Fremdsprachenzertifikate für kaufmännische und gewerblich-technische Auszubildende an. Auszubildende können auch an den Fremdsprachenprüfungen von ausländischen Kammern wie der London Chamber of Commerce and Industry teilnehmen oder international anerkannte Zertifikate zum Beispiel der University of Cambridge erwerben.

Zur Vorbereitung auf die Sprachprüfung nehmen die Auszubildenden in der Regel an zusätzlichem Fremdsprachenunterricht teil. Die Kurse finden in der Berufsschule im Anschluss an den regulären Unterricht oder im Kammerbildungszentrum statt. Viele Ausbildungsbetriebe organisieren auch Fremdsprachenunterricht, der dann häufig während der betrieblichen Ausbildungszeit stattfindet. In einigen Berufsschulen wird der reguläre Fachunterricht in englischer Sprache erteilt. In Fächern mit bilinguaem Unterricht müssen dann einige Leistungsnachweise in der jeweiligen Fremdsprache erbracht werden.

In einem zusammenwachsenden Europa reichen Fremdsprachenkenntnisse alleine jedoch nicht immer aus. Zusätzlich sind interkulturelle Kompetenzen gefragt. Hierzu zählen etwa das Verständnis für andere Arbeits- und Lebensmentalitäten sowie Toleranz gegenüber fremden Kulturen. Solche sozialen und kommunikativen Aspekte der beruflichen Handlungskompetenz können gezielt durch Auslandsaufenthalte in der Ausbildung gefördert werden. Im Ausland lernen die Jugendlichen, sich selbstständig in einer fremden Kultur zurechtzu-

finden und entwickeln im täglichen Umgang mit neuen Kollegen Verständnis für andere Arbeits- und Lebensformen. Das fördert nicht nur die interkulturelle Kompetenz, sondern trainiert auch Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Toleranz und Eigenverantwortung. Außerdem verbessert ein praxisbezogener Auslandsaufenthalt die berufsbezogenen Fremdsprachenkenntnisse und vermittelt fachliche Qualifikationen. Für die Auszubildenden bestehen damit flexiblere Einsatzmöglichkeiten im Ausbildungsbetrieb und auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Das Gastspiel im Ausland bedeutet in der Regel keinen Zeitverlust. Der Auslandsaufenthalt wird als integrierter Bestandteil der Ausbildung in Deutschland anerkannt und führt nicht zu einer Verlängerung der Ausbildungszeit. Durch das am 1. April 2005 in Kraft getretene novellierte Berufsbildungsgesetz soll die Internationalisierung der beruflichen Bildung vorangetrieben werden. Im Berufsbildungsgesetz wurde deshalb die Möglichkeit verankert, auf eine Dauer von bis zu sechs Monaten zeitlich begrenzte Abschnitte der Berufsausbildung auch im Ausland durchzuführen und diese auf die laufende Ausbildung anzurechnen (§ 2 Abs. 3 BBiG).

Die Jugendlichen sind sich dieser Vorteile durchaus bewusst und zeigen deutliches Interesse an einem Auslandsaufenthalt. In einer 2002 vom BIBB durchgeführten Befragung haben fast 60 Prozent der Auszubildenden und jungen Fachkräfte angegeben, dass sie stark oder sehr stark an einem Auslandsaufenthalt interessiert sind. Die Betriebe unterstützen und fördern dieses Interesse. Rund ein Viertel der befragten Ausbildungsbetriebe ist bereit, Auszubildende und Nachwuchskräfte ins Ausland zu schicken (BIBB, 2002, 1).

Das bekannteste Förderprogramm für Auslandsaufenthalte, das europäische Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci, spiegelt das steigende Interesse wider. Seit Beginn des ersten Leonardo-Programms hat sich die Zahl der Teilnehmer in der Erstausbildung mehr als verdoppelt. In den beiden Jahren von Mitte 1994 bis Mitte 1996 waren 2.200 Teilnehmer, im letzten Programm von 2002 bis 2004 bereits 4.800 Teilnehmer zu verzeichnen. Für das anstehende neue Programm von 2004 bis 2006 wurden bereits für gut 5.000 Teilnehmer in der Erstausbildung Maßnahmen beantragt und bewilligt.

Im Rahmen von Leonardo-Austauschmaßnahmen qualifizieren sich die jungen Leute in einer berufsbildenden Schule des Gastlandes, durch ein Betriebspraktikum oder mittels Projektarbeit in einer internationalen Austauschgruppe. Die Auslandseinsätze dauern zwischen drei Wochen und neun Monaten. Beliebtestes Zielland ist Großbritannien. Fast ein Drittel der Auszubildenden will ins Vereinigte Königreich. Der Grund für die Bevorzugung ist die besondere Bedeutung der englischen Sprache für internationale Geschäftsbeziehungen. Außerdem besit-

zen hier die meisten Auszubildenden ausbaufähige Schulkenntnisse. Es folgen Spanien, Frankreich, das von Spanien vom zweiten Platz verdrängt wurde, und Italien. Neben diesen klassischen Zielländern sind vor allem direkte Nachbarn für deutsche Jugendliche interessant. Insgesamt sind im Rahmen des Leonardo-Programms Auslandsaufenthalte in 31 europäischen Ländern möglich.

Außer mit Leonardo können Auszubildende auch mit einer Reihe weiterer Anbieter den Weg ins Ausland antreten. Insgesamt werden in internationalen Austauschprogrammen und Ausbildungsprojekten über 11.000 Auslandsaufenthalte von Auszubildenden jährlich gefördert. Bei staatlichen Förderprogrammen, die von verschiedenen Institutionen organisiert und durchgeführt werden, besteht keine Beschränkung auf europäische Zielländer. Aufenthalte sind in allen Kontinenten möglich. Hier wird die zunehmende Verflechtung der Handelsbeziehungen deutlich. Nach der EU ist Nordamerika das beliebteste Ziel (NA BIBB, 2000, 2), es sind aber auch Aufenthalte in Japan im Rahmen des Auszubildendenaustauschs mit Asien/Pazifik möglich.

Viele Unternehmen organisieren Austauschprogramme für ihre Auszubildenden auch auf eigene Faust. Die Auszubildenden arbeiten mehrere Wochen oder Monate in Niederlassungen, Tochtergesellschaften oder Partnerfirmen im Ausland. Die Unterbringung erfolgt meist in Gastfamilien. Bei der Vorbereitung unterstützen die Unternehmen ihre Auszubildenden. Auch Kammern und Berufsschulen leisten einen Beitrag zur Internationalisierung der Berufsausbildung. Es werden vor allem Aufenthalte im benachbarten Ausland gefördert. Teilweise sind diese in die reguläre Ausbildung integriert. Beispielsweise werden im deutsch-polnischen Austauschprojekt in Neubrandenburg die Ausbildungsabschnitte im jeweiligen Partnerland als Bestandteil der Ausbildung anerkannt. Die deutsch-französische Ausbildung der IHK Aachen wird in Paris absolviert und schließt mit einem deutsch-französischen Doppeldiplom ab.

Zwar beinhalten praxisbezogene Auslandsaufenthalte auch Einblicke in das Wirtschaftsleben des Gastlandes, umfangreiche betriebs- und volkswirtschaftliche Aspekte der landestypischen Wirtschaft lernen die Jugendlichen dadurch in der Regel jedoch nicht kennen. Für den internationalen Handelsverkehr sind Kenntnisse der ausländischen Zoll- und Steuerbestimmungen oder Grundwissen über die Zuständigkeiten in der Europäischen Union aber erforderlich. Neben Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen benötigen deshalb in diesem Bereich tätige Fachkräfte auch fundierte theoretische Kenntnisse in internationaler und europäischer Wirtschaftslehre. Um diesen Bedarf zu decken, bieten zahlreiche Betriebe ihren Auszubildenden in Zusammenarbeit mit Berufsschulen und Kammern spezielle Ausbildungsgänge an. An solchen umfangreichen

internationalen Qualifizierungsmodellen nehmen derzeit gut 1.800 Auszubildende teil (Tabelle 9). Die Teilnehmer erhalten zusätzlichen Unterricht in internationaler Wirtschaftslehre und in zwei Fremdsprachen. Außerdem ist zumeist ein mehrwöchiger Auslandsaufenthalt integriert.

Damit die Auszubildenden die im Ausland erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen nachweisen können, hat die EU im Jahr 2000 den EUROPASS-Berufsbildung eingeführt. Bis heute wurde er zwar in 18 europäischen Ländern insgesamt etwa 50.000-mal ausgestellt, wovon über 30.000 Fälle auf Deutschland entfielen (Kommission, 2003b, 5). Dennoch muss diese Zahl vier Jahre nach der Einführung als niedrig eingestuft werden. Im Jahr 2004 wurde der EUROPASS-Berufsbildung unter der neuen Bezeichnung MobiliPass in den neuen EUROPASS der EU integriert. Dieser neue EUROPASS erfasst in fünf Dokumenten persönliche und berufliche Fähigkeiten, Sprachkenntnisse, Auslandsaufenthalte, Arbeitszeugnisse und Hochschulabschlüsse und soll die Chancen seines Besitzers auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. In die gleiche Richtung zielt das jüngste Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen. Beide Länder haben sich in einem bilateralen Abkommen die Vergleichbarkeit von Abschlüssen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung konstatiert (Deutschland/Frankreich, 2004).

Um die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen in Zukunft noch zu vereinfachen, wird derzeit die Entwicklung eines Kreditpunktesystems für die berufliche Aus- und Weiterbildung auf europäischer Ebene diskutiert. Das geplante European Credit Transfer in Vocational Education and Training (ECVET) soll zum europäischen Kredittransfersystem ECTS kompatibel sein, das an Hochschulen die Anerkennung von Studienleistungen erleichtert und so die internationale Mobilität fördert. Langfristiges Ziel ist es, auch den Transfer von Lernergebnissen zwischen nationalen Berufsbildungssystemen zu erleichtern und so Auslandsaufenthalte während der Ausbildung zu fördern (Abbildung 17).

Anerkennung von beruflichen Qualifikationen im Ausland: Stand und Perspektiven

Abbildung 17

zunehmende Anerkennung

Leistungspunktesystem zum Transfer von Lernergebnissen in Europa

Zwei Berufsabschlüsse in einer binationalen Doppelqualifikation

Zertifizierung von im Ausland erworbenen Kompetenzen im europaweit anerkannten EUROPASS

Einzelvereinbarungen zwischen Bildungsträgern zur Anerkennung von Ausbildungsinhalten

Eigene Darstellung

5.1 Innovationen in der Berufsausbildung

In der vorliegenden Studie werden jüngere Entwicklungen in der Berufsausbildung aufgezeigt, die innovative Qualifizierungsansätze und die zunehmende Verbreitung hochwertiger Ausbildungsmodelle innerhalb der dualen Berufsausbildung zum Gegenstand haben. Anhand der Analyse des inzwischen umfangreichen Spektrums an Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung und des steigenden Angebots ausbildungsintegrierter dualer Studiengänge konnten folgende Trends in der Berufsausbildung abgeleitet werden:

- **Zunehmender Erwerb von Hochschulzugangsberechtigungen:** In der Berufsausbildung wird inzwischen ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen erworben. Allerdings beschränkt sich dies nach wie vor besonders auf die vollzeitschulischen Bildungsgänge, die zu einem großen Teil im Anschluss an eine abgeschlossene Berufsausbildung absolviert werden. Die vorhandenen Potenziale, dies ausbildungsbegleitend und damit Zeit sparend und attraktivitätssteigernd innerhalb der dualen Berufsausbildung zu ermöglichen, werden bislang nur äußerst sparsam genutzt.
- **Engere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung:** Die Bedeutung von Zusatzqualifikationen für die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung nimmt zu. Vermehrt werden Weiterbildungsinhalte bereits in der Ausbildung vermittelt. Angesichts der Notwendigkeit, die Ausbildung weiter zu flexibilisieren und so stärker an die betriebliche Praxis anzupassen, und infolge der zunehmenden Bedeutung von Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens dürfte der Stellenwert von Zusatzqualifikationen diesbezüglich noch weiter steigen. Zukünftig darf die Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung sich aber nicht auf die ersten Berufsjahre beschränken. Die Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung – ähnlich dem European Credit Transfer System (ECTS) im Hochschulbereich – könnte die Transparenz und damit die Vergleichbarkeit von Qualifikationen und Kompetenzen, die während des gesamten Berufslebens erworben werden, deutlich erhöhen (vgl. Abbildung 15 und Kapitel 5.3).
- **Starke Zunahme bei dualen Studiengängen:** In den vergangenen Jahren hat ein regelrechter Boom bei ausbildungsintegrierten dualen Studienmodellen eingesetzt. Um den besonderen Nutzen der Praxisorientierung im Rahmen des Studiums vollständig auszuschöpfen, ist eine qualitative Weiterentwicklung der Angebote sinnvoll. Die inhaltliche Abstimmung zwischen Hochschule und Unternehmen

und die Nutzung der Praxisphasen für anwendungsbezogenes Lernen kann in vielen Studienmodellen noch verfeinert werden. Die Vielfalt der Organisationsformen an Akademien und Hochschulen zeigt Gestaltungsspielräume für solche engeren Verzahnungen auf und bietet zugleich die Möglichkeit, Bedürfnisse der kooperierenden Unternehmen stärker zu berücksichtigen.

- **Mehr Fremdsprachen und Auslandsprogramme in der Ausbildung:** Der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen bereits während der Ausbildung wird angesichts der Globalisierung für die Beschäftigungsfähigkeit von Nachwuchskräften immer wichtiger. Lediglich ein Viertel der Auszubildenden erhält allerdings derzeit regulären Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen auch auf Fachkräfteebene wird fehlender Berufsschulunterricht immer häufiger durch den flexiblen Einsatz von Zusatzqualifikationen kompensiert oder ergänzt. Die vermehrte Aufnahme von fremdsprachlichen Basisqualifikationen in Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne ist nur der erste Schritt, um die Auszubildenden in Deutschland auf den globalisierten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Der zweite Schritt besteht in der nun im Rahmen der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes verankerten Möglichkeit, zeitlich begrenzte Abschnitte der Berufsausbildung im Ausland durchführen zu können. Woran es perspektivisch noch fehlt, ist die Anwendung eines europaweit anerkannten Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung, um die systematische Anrechnung der im Ausland erbrachten Ausbildungsleistungen zu ermöglichen.

Es ist davon auszugehen, dass die beschriebenen innovativen Aspekte im Zuge der demographischen Entwicklung und angesichts der derzeit unzureichenden Schulqualität in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen werden. Zwar steigt die zu erwartende Nachfrage nach Ausbildungsstellen in den westdeutschen Bundesländern noch bis zum Jahr 2008 an, doch könnte sich der Ausbildungsmarkt im oberen Qualifikationssegment bei günstigerer wirtschaftlicher Entwicklung schon früher vom Nachfrager- zum Anbietermarkt wandeln. Spätestens dann werden qualitative Aspekte in der öffentlichen Diskussion ein größeres Augenmerk erhalten. Allerdings ist aufgrund der momentanen wirtschaftlichen und reformpolitischen Lage eher davon auszugehen, dass in der öffentlichen Diskussion erst mittelfristig neben die Lehrstellenlücke auch eine verstärkte Qualitätsdiskussion in der Berufsausbildung tritt.

Unabhängig von der quantitativen Entwicklung am Ausbildungsmarkt wird sich jedoch die demographisch und technologisch bedingte Zunahme des Bedarfs an akademischer Aus- und Weiterbildung auch für Absolventen einer Berufsausbil-

derung fortsetzen. Denn die nachwachsenden Jahrgänge der Hochschulabsolventen werden auf mittlere Sicht nicht mehr die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Höherqualifizierten ersetzen, geschweige denn den Zusatzbedarf abdecken können.

5.2 Handlungsfelder für die Bildungspolitik

Aus den identifizierten Qualifikationstrends in der höherwertigen Berufsausbildung lassen sich Rückschlüsse auf bildungspolitische Erfordernisse, Perspektiven und Handlungsoptionen ableiten. Dabei muss die Berufsausbildung als Element des gesamten Bildungssystems betrachtet und in ihrer wichtigen Funktion der praxisnahen Qualifizierung von Nachwuchskräften gestärkt werden. Hierzu ist allerdings eine höhere Durchlässigkeit erforderlich, wenn neue Bildungswege eröffnet, die Bildungseffizienz gesteigert und Begabungsreserven stärker ausgeschöpft werden sollen als bisher.

Die duale Ausbildung kann in Zukunft einen größeren Beitrag zur Höherqualifizierung leisten, wenn hier die Weichen richtig gestellt werden. Denn durch die in zunehmendem Maße verfügbaren Bachelor-Studiengänge erwächst am oberen Qualifikationsrand eine neue Bildungsalternative, die sowohl für Jugendliche, die eine hochwertige und praxisorientierte Ausbildung anstreben, als auch für Unternehmen als möglicherweise kostengünstiger Rekrutierungsweg eine hohe Attraktivität aufweist.

Die hochwertige Berufsausbildung kann für Betriebe nur dann ihre Attraktivität bewahren, wenn sie genügend Freiräume für eine spezifische Ausrichtung auf ihre Qualifikationsanforderungen erhalten. Daher muss die Flexibilisierung der Ausbildungsprofile auch in Zukunft weiterverfolgt werden.

Flexibilisierung der Ausbildung

Die Attraktivitätssteigerung der Ausbildung hängt für Betriebe in hohem Maße von verbesserten Rahmenbedingungen ab, wobei einer größeren Flexibilität der Ausbildung eine zentrale Rolle zukommt. Diese ist vor allem durch günstigere Rahmenbedingungen der Ausbildung zu realisieren. Hierzu zählt die zunehmende Umsetzung von flexiblen Strukturmodellen in Ausbildungsordnungen. Die Differenzierung von Kernqualifikationen und Wahlpflicht- sowie Wahlmodulen erhöht den betrieblichen Handlungsspielraum. Solche Module sollten als Mindestanforderung im Regelfall eine inhaltliche Differenzierung etwa nach Branchen oder beruflichen Spezialisierungen ermöglichen. Eine darüber hinausgehende qualitative Differenzierung könnte langfristig durch die Möglichkeit zur Anrechnung im Rahmen eines Kreditpunktesystems realisiert werden. Dieses müsste idealerweise

neben einer inhaltlichen Einordnung auch eine qualitative Bewertung über alle Bildungsstufen hinweg bis hin zur Hochschulausbildung ermöglichen.

Zur Absicherung der kostenintensiven hochwertigen Ausbildungsinvestitionen von Betrieben sollten in stärkerem Maße Bindungs- oder Rückzahlungsklauseln ermöglicht werden. Dem steht im Bereich der Berufsausbildung vor allem für ausbildungsintegrierte Studiengänge derzeit die rechtliche Regelung des § 5 Berufsbildungsgesetz entgegen. Wenn jedoch die Gefahr besteht, dass Absolventen unmittelbar nach Ende der Ausbildungsgänge abwandern, erfolgt eine suboptimale Investition in künftige Nachwuchskräfte.

Aus- und Weiterbildung enger verzahnen

Zusatzqualifikationen sind ein geeignetes Instrument für eine engere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung und Bausteine für das lebensbegleitende Lernen. Sie können Weiterbildungselemente enthalten und gegebenenfalls auf eine Aufstiegsfortbildung angerechnet werden. Zur weiteren Verbreitung von vorhandenen Ansätzen und Modellen muss ihre Akzeptanz und Verwertbarkeit für Auszubildende und Unternehmen gleichermaßen gestärkt werden. Ein transparentes Angebot fördert die Übersicht und erleichtert die Auswahl entsprechend den spezifischen Qualifikationsanforderungen. Dabei hilft eine einheitliche Dokumentation und Bezeichnung der erworbenen Abschlüsse, wozu die Datenbank AusbildungPlus einen Beitrag leistet.

Bereits im Jahr 2000 hat der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) deshalb gefordert, einheitliche Bezeichnungen für vergleichbare Qualifikationen einzuführen (Kloas, 2000, 7). So wird die Zusatzqualifikation zum Betriebsassistenten im Handwerk, die einen Fortbildungsabschluss integriert, in verschiedenen Bundesländern auch unter den Namen Fachkaufmann Handwerkswirtschaft, Management im Handwerk, Managementassistent im Handwerk, Technischer Betriebswirt des Handwerks oder Technischer Fachwirt angeboten. Die inhaltlichen Unterschiede sind aber nicht so wesentlich, dass diese Begriffsvielfalt gerechtfertigt wäre. In allen Fällen kann der Abschluss als Teil III der Meisterprüfung anerkannt werden. Dennoch wird die Zusatzqualifikation zum Betriebsassistenten bis heute in dieser verwirrenden Begriffsvielfalt angeboten. Eine einheitliche Bezeichnung würde interessierten Schulabgängern den Überblick über das Angebot erleichtern. Dies stellt eine wichtige interne Koordinierungsaufgabe der Kammern dar.

Ebenso wichtig ist eine aussagekräftige Zertifizierung von Zusatzqualifikationen, wenn diese auf weiterführende Bildungsgänge angerechnet werden sollen, die Angaben zu den Inhalten der Maßnahme und zu den erworbenen Kompeten-

zen enthält. Derzeit fehlt es noch an strukturierten globalen Möglichkeiten, um Qualifikationen zu kumulieren und anrechenbar zu machen. In Zukunft sollen im Rahmen eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung Qualifikationen bewertet werden. Dabei können perspektivisch später auch betriebsinterne Maßnahmen ohne anerkannte Zertifizierung sowie beruflich und außerberuflich erworbene Kompetenzen angerechnet werden. So können inhaltliche Wiederholungen vermieden und Ausbildungszeiten eingespart werden.

Berufliche Bildung beim Hochschulzugang aufwerten

Der seit langem gepflegten Rhetorik zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung müssen entsprechende Umsetzungsschritte folgen. Zahlreiche Vereinbarungen der KMK werden von den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich und häufig nur zögerlich umgesetzt und schlagen sich nicht in einem erweiterten Zugang von Berufsbildungsabsolventen oder Berufspraktikern nieder. Dies betrifft etwa den Erwerb von allgemein bildenden Abschlüssen im Rahmen der dualen Ausbildung. Das entsprechende Angebot ist nach wie vor quantitativ sehr begrenzt. Aber auch an beruflichen Vollzeitschulen bestehen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedliche Möglichkeiten. Zwar wurde der diesbezügliche KMK-Beschluss bereits im Jahr 1998 gefasst, doch erwirbt – gemessen an der potenziellen Teilnehmerzahl – derzeit nur ein sehr geringer Teil der Auszubildenden einen allgemein bildenden Schulabschluss parallel zur Ausbildung. Besonders ungünstig ist diese Relation für den Erwerb der Fachhochschulreife. Meist werden die erforderlichen Ressourcen den Teilzeit-Berufsschulen von den Ländern nicht zur Verfügung gestellt.

Der andere Handlungsstrang betrifft den Hochschulzugang von Erwerbstätigen im Bereich der akademischen Weiterbildung. Denn angesichts des wachsenden Bedarfs an Höherqualifizierten in Verbindung mit der demographischen Entwicklung sind in Zukunft alle Bildungsreserven auszuschöpfen. Eine breitere Höherqualifizierung sollte daher – abgesehen von einer derzeit unrealistisch erscheinenden, aber dennoch mittelfristig nötigen umfangreicheren arbeitsmarktorientierten Zuwanderung – neben einer Erhöhung der Abiturientenquote auch diese Alternative beinhalten. Der Hochschulzugang für Berufsbildungsabsolventen stellt somit ein Handlungsfeld für die Bildungspolitik dar – auch wenn die quantitativen Potenziale derzeit von vielen Seiten als begrenzt eingeschätzt werden. Allerdings zeigt die internationale Erfahrung, dass die meisten Länder auf eine Erhöhung der Hochschulzugangsberechtigtenquote am Ende der allgemeinen Schulpflicht setzen. Hierdurch erwerben in anderen Ländern jedoch auch zahlreiche Schüler mit relativ niedrigen PISA-Kompetenzwerten eine Studiermöglichkeit.

Berufs- und Hochschulbildung verknüpfen

Über den Hochschulzugang hinaus sollten auch die Möglichkeiten für eine stärkere inhaltliche Verzahnung und Anrechnung von Qualifikationen über alle Bildungsbereiche hinweg ausgelotet werden. Derzeit bestehen kaum Möglichkeiten, in der Berufsausbildung oder im Berufsleben erworbene Qualifikationen oder Kompetenzen auf ein Studium anzurechnen. Um jedoch die Bildungseffizienz zu steigern, indem Wiederholungen vermieden werden und sorgsam mit Zeit umgegangen wird, sind Doppelqualifizierungen auf ein erforderliches Mindestmaß zu reduzieren. Durch die Anrechnung bereits erworbener Qualifikationen könnten sowohl die Transparenz für potenzielle Bildungsnachfrager gesteigert als auch neue Qualifizierungswege für sie eröffnet werden. Ziel sollte hierbei auch sein, die Weiterbildung auf akademischem Niveau für Absolventen einer Berufsausbildung zu öffnen. Dies könnte durch die Förderung dualer Studienangebote an Universitäten sowie eine verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen und Betrieben begünstigt werden. Idealerweise werden solche Möglichkeiten durch die Anerkennung von Leistungen aus der beruflichen Bildung auf ein Hochschulstudium im Rahmen eines Leistungspunktesystems realisiert, das sowohl Inhalte erfassen und einstufen als auch deren Qualität bewerten kann.

Berufsausbildung internationalisieren

Durch die vermehrte Schulung von Fremdsprachen und das Angebot von Auslandsaufenthalten in der Ausbildung kann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Über die bereits praktizierten Maßnahmen hinaus bildet die stärkere Verankerung von Fremdsprachen im Berufsschulunterricht ein wichtiges Handlungsfeld, da gegenwärtig nur ein Viertel der Auszubildenden davon profitiert. Damit ließe sich der Trend unterstützen, Fremdsprachenunterricht im Zuge der Neuordnung von Ausbildungsberufen verstärkt in die Rahmenlehrpläne der Berufsschulen aufzunehmen.

Neben den Lerninhalten gewinnt die europäische und internationale Perspektive auch für die Mobilität der Beschäftigten und Selbstständigen an Bedeutung. Eine stärkere Internationalisierung in der Berufsausbildung erhöht auch die internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen und die Übertragbarkeit von Qualifikationsprofilen. Hierzu können zum einen bilaterale Abkommen zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen beitragen, wie etwa jüngst zwischen Frankreich und Deutschland. Zum anderen ist auf eine adäquate Einstufung der deutschen Abschlüsse in internationalen Klassifizierungen, wie etwa der fünfstufigen EU-Skala, hinzuwirken. Dort werden die deutschen Abschlüsse gegenwärtig auf dem zweiten Level und damit unterwertig eingestuft; hier sind Verbesserungen anzustreben.

Einen Beitrag zur Versachlichung der nationalen Diskussion könnte in diesem Zusammenhang die internationale Evaluierung der International Standard Classification of Education (ISCED)-Klassifizierung leisten.¹⁶ Gegenwärtig werden Bildungsgänge, die auf einer höheren Stufe angesiedelt sind, meist auch als qualitativ höherwertig angesehen – etwa Bachelor-Studiengänge im Vergleich zu Berufsausbildungen –, unabhängig von den jeweils vermittelten Inhalten und dem Anspruchsniveau der vermittelten Kompetenzen im jeweiligen nationalen und damit äußerst heterogenen Bildungssystem.

5.3 Ein Leistungspunktesystem für die Bildung

Die im Einzelnen aufgeführten innovativen Trends in der Berufsausbildung und die Handlungsfelder für die Bildungspolitik machen in ihrer Gesamtschau deutlich, dass zahlreiche Entwicklungen zu isoliert voneinander stattfinden und daher eine stärkere Verzahnung aller Bildungsbereiche sinnvoll erscheint. Zu häufig beschränkt sich derzeit noch die Reformdiskussion allein auf Teilbereiche des Berufsbildungssystems (vgl. dazu etwa BLK, 2004). Das Bildungssystem muss stärker als Ganzes betrachtet werden, um die benötigte höhere Durchlässigkeit realisieren zu können. Mit einem solchen umspannenden Ansatz könnten neue Bildungswege eröffnet und die Bildungseffizienz gesteigert werden.

An verschiedenen Stellen wurde bereits darauf verwiesen, dass zu diesem Zweck die Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung sinnvoll erscheint (BIBB, 2003, 2). Ein Leistungspunktesystem wird im Augenblick auch im Bereich der Hochschule im Rahmen der Implementierung von Bachelor- und Masterstudiengängen verstärkt eingeführt. Dies basiert auf dem bereits seit über 15 Jahren bestehenden European Credit Transfer System (ECTS) für die Hochschulbildung. Die Umstellung auf die neuen Studiengänge beinhaltet eine Modularisierung des jeweiligen Studiengangs. Modularisierung bedeutet, dass die Inhalte eines Studiengangs in thematisch bestimmte Lerneinheiten (Module) unterteilt werden, die mit einer Prüfungsleistung abschließen. Für jedes Modul ist eine ausführliche Modulbeschreibung notwendig, die unter anderem eine Inhaltsbeschreibung des Moduls, die Lernziele und die Prüfungsmodalitäten umfasst. Dadurch sollen die Inhalte eines Moduls auch für Dritte transparent gemacht werden. Für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls werden Kredit- oder Leistungspunkte vergeben. Die Leistungspunkte stellen damit eine Maßeinheit für den Studienaufwand und -erfolg der Studierenden dar.

¹⁶ Die internationale Klassifizierung ISCED (International Standard Classification of Education) wurde entwickelt, um die Qualifikationsstufen der häufig sehr unterschiedlichen Bildungssysteme länderübergreifend vergleichen zu können. Sie wurde im Jahr 1997 erneuert und gliedert das Bildungswesen in sieben Qualifikationsniveaus.

Um eine Anrechnung beruflicher Qualifikationen auf ein Hochschulstudium zu erleichtern, ist die Einführung von Modulen und Leistungspunkten auch in der beruflichen Bildung sinnvoll.

Ein Leistungspunktesystem sollte jedoch nicht im nationalen Alleingang eingeführt werden. Denn mit diesem auf nationaler Ebene basierenden Erfordernis geht eine europäische Entwicklung einher, die gleiche Ziele verfolgt. Bereits im Jahr 2000 haben die EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon den Stellenwert der allgemeinen und beruflichen Bildung für eine wettbewerbsfähige und moderne Europäische Union unterstrichen. Um Europa als Wirtschaftsraum international zu stärken, ist ein gemeinsamer europäischer Bildungsmarkt anzustreben. Ziele und Instrumente für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung wurden in der Kopenhagener Erklärung von 2002 festgelegt.

Eine wesentliche Voraussetzung für einen wettbewerbs- und leistungsfähigen europäischen Bildungsmarkt ist die Mobilität von Auszubildenden und Fachkräften. Zwar ist die Beteiligung von Auszubildenden an Austauschprogrammen in den letzten Jahren gestiegen, dennoch gibt es hier noch große Steigerungspotenziale. Mobilitätshemmnisse sind mangelnde Fremdsprachenkenntnisse, die fehlende Bereitschaft sich auf die Lebens- und Arbeitsweise in fremden Ländern einzustellen und das Alter der Auszubildenden, das im Vergleich zu Studierenden meist deutlich niedriger liegt (Diedrich-Fuhs, 2004, 65). Für Jugendliche kann aber auch die fehlende Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen ein Hemmnis darstellen. Es liegt in der Verantwortung der nationalen Bildungspolitik diese Barrieren beispielsweise durch eine stärkere Verankerung des Fremdsprachenunterrichts sowie die Vermittlung interkultureller Kompetenzen in der Berufsschule abzubauen. Mit dem am 1. April 2005 in Kraft getretenen und novellierten Berufsbildungsgesetz wird die Anerkennung von im Ausland absolvierten Ausbildungsabschnitten nun erleichtert.

Auf europäischer Ebene liegt die Verantwortung, Regelungen zu schaffen, um berufliche Qualifikationen grenzüberschreitend anzuerkennen. Zwar gibt es hier Ansätze, doch diese beruhen fast nur auf bilateralen Vereinbarungen. So werden bei grenzüberschreitenden Verbundausbildungen die im Nachbarland verbrachten Ausbildungsabschnitte anerkannt. Deutschland und Frankreich haben sich in einem bilateralen Abkommen gar auf die generelle Vergleichbarkeit von Abschlüssen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung geeinigt (Deutschland/Frankreich, 2004). Europaweit existiert lediglich der EUROPASS-Berufsbildung als einziges länderübergreifend akzeptiertes Dokument, das allerdings außerhalb Deutschlands nur wenig genutzt wird. Er soll die Transparenz beruflicher Qualifikationen erhöhen und den Vergleich von Bildungsinhalten ermöglichen.

Im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses der EU, bei dem seit November 2002 eine verstärkte Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung in Europa verfolgt wird, soll eine europaweite Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen erreicht werden. Dessen Fortschreibung im Kommuniqué von Maastricht sieht im Dezember 2004 für die berufliche Bildung die forcierte Entwicklung und Umsetzung des bereits 2002 beschlossenen europäischen Leistungspunktesystems – European Credit Transfer in Vocational Education and Training (ECVET) – vor, das nach dem Vorbild des European Credit Transfer System (ECTS) im Hochschulbereich entwickelt werden soll (EU, 2004, 4). Durch ein Leistungspunktesystem sollen die Lerninhalte der Berufsausbildungen in den verschiedenen Ländern transparenter und vergleichbarer gemacht werden. Wenn verschiedene Länder nach einheitlichen Regelungen ihre Ausbildungsinhalte ausführlich beschreiben und Ausbildungsabschnitte nach einem einheitlichen Schema bewertet werden, dann ist es leichter möglich, Ausbildungsinhalte, die im Ausland absolviert wurden, auf die Ausbildung anzurechnen. Durch ein Leistungspunktesystem sollen der Transfer von Lernergebnissen zwischen nationalen Berufsbildungssystemen erleichtert und so Auslandsaufenthalte während der Ausbildung gefördert werden.

Zur Entwicklung eines Leistungspunktesystems für die Berufsbildung muss angesichts der großen Variationsbreite der Berufsbildungssysteme in den Mitgliedstaaten auch die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Qualifikationsrahmens hinzukommen, bevor die praktische Anwendung von Leistungspunkten europaweit möglich wird. Ein solcher Qualifikationsrahmen soll die Klassifikation von Berufsbildungsabschnitten oder Abschlüssen nach Qualifikationsniveaus ermöglichen. Dies erleichtert die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen in Europa und schafft eine einheitliche Grundlage für die Vergabe von Leistungspunkten. Die unterschiedlichen Qualifikationsniveaus könnten dann bei der Vergabe der Leistungspunkte berücksichtigt werden.¹⁷

Gegenwärtig arbeiten auf EU-Ebene mehrere Arbeitsgruppen daran, Vorschläge für ein Leistungspunktesystem in der Berufsbildung zu entwickeln und zu erproben und einen gemeinsamen, europäischen Qualifikationsrahmen zu erstellen, in den die nationalen Bildungsabschlüsse eingeordnet werden können. Bei der Entwicklung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung

¹⁷ Ein europäischer Qualifikationsrahmen, der alle nationalen Qualifikationen und – soweit vorhanden – Qualifikationsrahmen umfasst, existiert bislang nicht. Die bestehende ISCED-Klassifizierung ist für einen internationalen Vergleich der (vor allem im Bereich der Berufsausbildung) heterogenen Bildungssysteme nicht ausreichend. Problematisch ist die Zuordnung der Bildungsgänge der einzelnen Staaten zu den verschiedenen Niveaustufen der ISCED-Klassifizierung (Klôs/Weiß, 2003, 308). Es handelt sich um eine formale Einstufung, die zur Folge hat, dass sich gleichwertige Bildungsprogramme auf unterschiedlichen Stufen finden können (Werner et al., 2003, 308 f.).

in Deutschland sollten daher sowohl die nationale als auch die europäische Dimension berücksichtigt werden. Ansatzpunkte können das vorhandene IT-Weiterbildungssystem sowie bereits laufende Modellprojekte liefern.

Erforderlich für die Anwendung eines Leistungspunktesystems ist in einem ersten Schritt die Festlegung von inhaltlich und organisatorisch sinnvollen Lerneinheiten (Modulen). Nach den Kriterien der EU-Arbeitsgruppen sind diesen Modulen in einem zweiten Schritt Leistungspunkte zuzuweisen und in einem dritten Schritt die jeweilige Ausbildung in den europäischen Qualifikationsrahmen einzuordnen. Später könnten in einem vierten Schritt nichtformale und informelle Bildungsprozesse, also etwa beruflich erworbene Kompetenzen integriert werden.

Für die Entwicklung in Deutschland ist es wichtig zu betonen, dass Modularisierung nicht zwangsläufig die Aufgabe des Berufskonzepts zur Folge haben muss, sondern dass dieses über die Abschlussprüfung bestimmend bleiben kann. Damit steht die Vergabe von Leistungspunkten in der Berufsausbildung nicht im Widerspruch zum Berufskonzept des dualen Systems. Mit ihm könnten zugleich mehrere lohnenswerte Ziele im Hinblick auf ein verbessertes Bildungssystem erreicht werden: In der internationalen Perspektive können durch die Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen die Mobilität gesteigert, die horizontale Durchlässigkeit erhöht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der gesamten EU gesteigert werden. In der nationalen Dimension bietet es die Möglichkeit, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zwischen den verschiedenen Qualifikationsniveaus durch eine engere Verzahnung von Berufsbildung und Studium zu erhöhen (vertikale Durchlässigkeit), die Bildung durch vermehrte Optionen zur Anrechnung bereits erworbener Qualifikationen und Kompetenzen zeitlich und inhaltlich effizienter zu gestalten (horizontale Durchlässigkeit) und somit letztlich die dringend benötigte Höherqualifizierung zu fördern.

Daher erscheint es zum gegenwärtigen Stand der Diskussion und Entwicklungsarbeiten sinnvoll, die deutschen Interessen in den europäischen Prozess einzubringen. Für die Realisierung und Akzeptanz eines Leistungspunktesystems in der Berufsbildung wird es vor allem darauf ankommen, dieses für Beschäftigte, Betriebe und Bildungsanbieter praktikabel zu gestalten (BDA/BDI/DGB/DIHK/ZDH, 2004). Da insbesondere die Verknüpfung von Berufsbildung und Hochschulbildung einen zentralen Handlungsbereich für eine erhöhte Durchlässigkeit im Bildungssystem darstellt, müssen Leistungspunkte neben der inhaltlichen Bewertung auch einen qualitativen Vergleich ermöglichen. Um darüber hinaus in der internationalen Zusammenarbeit das erforderliche Vertrauen zu stärken, erscheint eine möglichst frühzeitige wissenschaftliche Begleitung und Evaluation sinnvoll. Dabei kann die Datenbank AusbildungPlus Systematisierungshilfe leisten.

Literatur

Alewel, Dorothea / Koller, Petra, 2002, Die Sicherung von Humankapitalinvestitionen über Rückzahlungsklauseln – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 35. Jg., Heft 1/2002, S. 107–122

BDA / BDI / DGB / DIHK / ZDH, 2004, Arbeitgeber und Gewerkschaften fordern vom EU-Berufsbildungsgipfel in Maastricht mehr Praxisbezug und Transparenz in der europäischen Berufsbildungspolitik, Berlin

BBiG – Berufsbildungsgesetz, 2005, konsolidierte Fassung vom 1. April 2005, Berlin

BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), 2000, Zusatzqualifikationen in der beruflichen Bildung, Ergebnisse, Veröffentlichungen und Materialien aus dem BIBB, Bonn

BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), 2002, Referenz-Betriebs-System – Grenzüberschreitender Austausch von Auszubildenden und jungen Fachkräften, Information Nr. 21, 8. Jahrgang

BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), 2003, ECVET – Credit transfer in der Berufsbildung – was ist das? Erster Zwischenbericht der Kopenhagen-Arbeitsgruppe, in: Neues aus Europa, Ausgabe 8, S. 2–6

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 2003, Perspektiven für die duale Bildung im tertiären Bereich, Bericht der BLK, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 110, Bonn

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 2004, Aktuelle Handlungsfelder zur Optimierung des Systems der beruflichen Bildung, Bericht der BLK, beschlossen am 15. November 2004, Bonn

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), 2004, Berufsbildungsbericht 2004, Bonn

Deutschland / Frankreich, 2004, Gemeinsame Erklärung über die generelle Vergleichbarkeit von französischen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung und deutschen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung sowie Schulrecht aller Länder, Berlin

Diedrich-Fuhs, Helen, 2004, Mehr Mobilität im europäischen Bildungsmarkt – Die Bedeutung praxisnaher Förderprogramme, in: impuls Leonardo da Vinci 2000–2003, Heft 11, S. 65–67

EU – Generaldirektion für Bildung und Kultur, 2004: Communiqué von Maastricht zu den künftigen Prioritäten der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung, Brüssel

Hollederer, Alfons, 2003, Arbeitslos – Gesundheit los – chancenlos?, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 4, Nürnberg

IBM Deutschland GmbH, 2004, Karrierestudie 2003/2004, Stuttgart

- Klein**, Helmut E., 2003, Abiturientenausbildung der Wirtschaft. Die praxisnahe Alternative zur Hochschule, 12. Auflage, Köln
- Kloas**, Peter-Werner, 2000, Weiterbildung im Handwerk, in: Handbuch der Aus- und Weiterbildung, Beitrag 4222, S. 1–13
- Klöß**, Hans-Peter / **Weiß**, Reinhold (Hrsg.), 2003, Bildungs-Benchmarking Deutschland. Was macht ein effizientes Bildungssystem aus?, Köln
- KMK** – Kultusministerkonferenz, 1997, Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01. Juni 1979 in der Fassung vom 04. Dezember 1997), Bonn
- KMK** – Kultusministerkonferenz, 1999, Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 05. Juni 1998 in der Fassung vom 22. Oktober 1999), Bonn
- Kommission** – Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2003a, Verstärkte Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung, Kopenhagen-Koordinierungsgruppe, Sachstandsbericht, Brüssel
- Kommission** – Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2003b, Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen (Europass), Brüssel
- Konegen-Grenier**, Christiane, 2004, Akzeptanz und Karrierechancen von Bachelor- und Masterabsolventen deutscher Hochschulen, in: iw-trends, 31. Jg., Heft 3, S. 24–33
- Konegen-Grenier**, Christiane / **Werner**, Dirk, 2001, Duale Studiengänge an Hochschulen, Studienführer, Köln
- Landesinstitut für Schule** (Hrsg.), 2004, Doppelqualifikation im dualen System, Materialien, Konzepte und Vorgaben zur Berufsausbildung und Fachhochschulreife, Soest
- Lenske**, Werner / **Werner**, Dirk, 2000, Globalisierung und internationale Berufskompetenz. Die IW-Umfrage zu Ausbildung und Beschäftigung 2000, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Nr. 245, Köln
- Mucke**, Kerstin, 2003, Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Eine Übersicht, Bonn
- NA BIBB** – Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB (Hrsg.), 2000, Leonardo da Vinci Kompendium 1999, Vermittlungs- und Austauschmaßnahmen 1999/2000, Bonn
- Niephaus**, Heinz-Theo, 2003, Zusatzqualifikationen für Hochschulzugangsberechtigte in der kaufmännischen dualen Ausbildung als Instrument zur Steigerung von Attraktivität und Qualität, in: Wirtschaft und Erziehung, Heft 10, S. 360–361
- OECD** – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2004: Education at a Glance, OECD-Indicators 2004, Paris
- Plünnecke**, Axel / **Werner**, Dirk, 2004, Das duale Ausbildungssystem. Die Bedeutung der Berufsausbildung für Jugendarbeitslosigkeit und Wachstum, IW-Positionen, Nr. 9, Köln

Statistisches Bundesamt, 2004a, Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 3 – Berufliche Bildung 2003, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2004b, Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen Schuljahr 2003/2004, Wiesbaden

Tucci, Ingrid / **Wagner**, Gert G., 2003, Fremdsprachenkenntnisse als wichtige Zusatzqualifikation im Dienstleistungssektor, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 41, S. 4–10

Tuschke, Siegfried / **Schröder**, Helmut, 1999, Zur Differenzierung, Flexibilisierung und Individualisierung des Ausbildungsangebotes: Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung, in: Wirtschaft und Berufserziehung, 51. Jg., Heft 11, S. 16–21

Werner, Dirk / **Flüter-Hoffmann**, Christiane / **Zedler**, Reinhard, 2003, Berufsbildung: Bedarfsorientierung und Modernisierung, in: Klös, Hans-Peter / Weiß, Reinhold (Hrsg.), Bildungs-Benchmarking Deutschland. Was macht ein effizientes Bildungssystem aus?, Köln, S. 287–381

Werner, Dirk, 2002, Standort Deutschland – Reformbedarf für Arbeitsmarkt und Bildungssystem. Die IW-Umfrage zu Ausbildung und Beschäftigung, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Nr. 258, Köln

Zabeck, Jürgen / **Zimmermann**, Matthias, 1995, Anspruch und Wirklichkeit der Berufsakademie Baden-Württemberg – Eine Evaluationsstudie, Weinheim

Kurzdarstellung

Der Wandel in der Arbeitswelt stellt veränderte und immer höhere Anforderungen an Nachwuchskräfte, die auch neue Strategien in der Ausbildung erforderlich machen. Die Berufsausbildung wird dieser Entwicklung zum einen durch Zusatzqualifikationen während der Berufsausbildung gerecht, mit deren Hilfe Ausbildungsinhalte vertieft oder erweitert, aber auch Brücken zu Schulabschlüssen und zur Weiterbildung geschlagen werden. Zum anderen findet über duale Studiengänge eine Verknüpfung von Berufsausbildung und Studium statt. Die vorliegende Studie liefert erstmalig einen umfassenden Überblick über solche innovativen Qualifizierungsansätze und hochwertigen Ausbildungsmodelle innerhalb der dualen Berufsausbildung und analysiert die in der Praxis erprobten Modelle. Hieraus werden aktuelle Qualifikationstrends in der höherwertigen Berufsausbildung abgeleitet und Rückschlüsse auf bildungspolitische Erfordernisse und Handlungsoptionen gezogen. Die Ergebnisse wurden ganz überwiegend auf der Grundlage einer Auswertung der Inhalte der Datenbank AusbildungPlus gewonnen, die vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) betreut und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird.

Abstract

Changes in work processes are placing new and ever increasing demands on young people coming into the workforce, necessitating new strategies in occupational training. This challenge is being met partly by adding depth and breadth to the content of occupational training courses so that trainees acquire additional skills. This additional content also creates links with school qualifications and further training. At the same time, sandwich courses at tertiary level provide a link between occupational training and university education. The present study is the first to provide a comprehensive overview of such innovative approaches and models of high-quality training within the German system, analysing those models which have been tested in practice. The authors go on to identify current trends in higher quality occupational training, drawing conclusions as to the need and options for action at the political level. The overwhelming majority of data used in this study has been obtained from an analysis of the contents of the AusbildungPlus database, which is maintained by the Cologne Institute for Business Research (Institut der deutschen Wirtschaft Köln – IW) and sponsored by the German Federal Ministry of Education and Research.

Die Autoren

Verena Waldhausen, Dipl.-Volksw., geboren 1972 in Köln; Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Universität zu Köln; seit 1999 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Projekt „AusbildungPlus – Höherqualifizierung und Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung durch Zusatzqualifikationen und duale Studiengänge“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.

Dirk Werner, Dipl.-Volksw., geboren 1968 in Wuppertal; Studium der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspädagogik an der Universität zu Köln; seit 1996 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Arbeitsbereich „Berufsausbildung“; Projektleiter „AusbildungPlus – Höherqualifizierung und Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung durch Zusatzqualifikationen und duale Studiengänge“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.